

Der Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Post-
 amtliche Nummern 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Infectionen-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Koloniel-
 leute oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereine
 und Versammlungen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 nur das erste Wort frei. Anzeigen für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Mittwoch, den 29. August 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Aus England.

London, den 25. August.

Die Veröffentlichung der in Bloemfontein vorgehenden Briefe von englischen Parlamentariern und Republikanern an Mitglieder und Vertreter der Boer-Regierungen ist erfolgt. Wenn sie den Zweck hatte, wie dies einige radikale Blätter behaupten, die Opposition im Angesicht der bevorstehenden Wahlen zu kompromittieren, so hat sie denselben gründlich verfehlt. Aber man mag den Chamberlain für so böswillig halten wie man will, so ist er doch viel zu erfahren, um sich einzubilden, daß die Briefe der drei Parlamentarier John Ellis, Dr. G. V. Clark und Henry Labouchere geeignet seien, die liberal-radikale Partei bloßzustellen. Der Brief über das Südafrika Brief des Ersten, das als Citat im Brief einer Dame in Südafrika vorkommt, ist ganz unerschrocken. Mr. Ellis, ein Quäker und Vizepräsident für Plenenkommissionen im Parlament, hatte nur auf das Ersuchen, die Handhabung des Kriegsrechts, der Censur etc. von Seiten der englischen Heerführer im Parlament zur Sprache zu bringen, zurück gemauert, er brauche dazu „Ströme von Tatsachen über unendliche Telegramme, Brieferschreibungen, willkürliche Verhaftungen usw.“; daß ist, wie auch Regierungsblätter zugeben, eine ganz einwandfreie Antwort. Dr. Clark und H. Labouchere aber sind allgemein als „Wilde“ im liberalen Lager bekannt.

Von ihnen wird Dr. Clark aber wirklich kompromittiert betrachtet. Ein von ihm am Vorabend der Feindseligkeiten an Präsident Krüger gerichteter Brief, worin diesem der Gedanke suggeriert wird, sofort alle Bergpässe zu besetzen, rechtfertigt das Chamberlainische Epithet „nicht gerade ländersväterlich, aber unklug.“ Wie die heutigen Zeitungen melden, hat das liberale Wahlkomitee von Cambridge (Schottland), das Dr. Clark bisher vertrat, gestern einstimmig beschlossen, ihn zum Rücktritt von der Vertretung aufzufordern. Erklärt wird das Verhalten Clarks, der zum ähnersten Mitglied der radikalen Linken gehört, u. a. dadurch, daß er längere Jahre Konsul der Transvaal-Republik war.

Henry Labouchere, von dem zwei Briefe an Mr. Montagu White, dem Geschäftsführer der Transvaal-Republik in London, vorliegen, und von dem in einem Brief des Mr. White an den Minister Reich Säure zitiert werden, die sich wie ein Rat lesen, durch nominelle Jugendschändliche Chamberlain „hineinzulegen“ — to give doo another fall — hat, nachdem ihm die Abschriften der Briefe durch Chamberlain überhandt waren, das Inzornieren gespielt und sie in seiner Wochenschrift „Truth“ selbst veröffentlicht, begleitet von einem anstößigen Brief an Chamberlain selbst. Ich unterlasse es, den Brief zu reproduzieren, da ihn die Freigeistigen wohl schon übermitteln haben werden. Daß einige der Briefe, die der „englische Rockefeller“ dem Kolonialminister verschickt, wirklich „fiken“ kann niemand leugnen, und vom Standpunkt journalistischer Controverse betrachtet, hat Labouchere, wie die „Daily News“ es ausdrücken, zweifellos seinen Gegner um einen Trid geschlagen. Aber man kann Labouchere den Vorwurf nicht erheben, bei der ganzen Sache den polemischen Effekt über den politischen gestellt zu haben. Was er mit seinen Anschlüssen hinsichtlich der Beziehungen zwischen England und dem Transvaal wollte, ist durchaus lobenswert. Er wollte die Transvaal-Regierung zu Reueamen veranlassen, die der englischen Intervention jeden ausföndigen Grund genommen hätten. Aber er verquidete diese Politik mit dem mehr persönlichen Feindzug gegen Chamberlain in solcher Weise, daß er mehr Schaden als Nutzen anrichtete. Labouchere gehörte zu jenen englischen Politikern, die beharrlich die Aktion genötigt haben, daß die Südafrika-Politik Englands lediglich ein Nachwerk Chamberlains sei, während es faktisch gar keinen Zweifel unterliegt, daß die Sache des ganzen Kabinetts war. Bei Fragen der inneren Politik hat solches Herabtreiben eines einzelnen Ministers nicht viel auf sich, in gespannten Situationen der auswärtigen Politik kann es aber sehr verderbliche Wirkungen haben.

Jedes sind die Briefe und Aeußerungen Laboucheres nicht derart, daß sein Wahlkomitee zu ähnlichen Schritten wie das des Dr. Clark Anlaß hat. Etwas anders ist es, wie sich die Wähler des von ihm vertretenen Kreises — Northampton-Stadt — bei der immer näher bevorstehenden Wahl verhalten werden. Schon bei der letzten Wahl hatte er eine nicht unbedeutliche Einbuße an Stimmen erlitten und war der zweite Sitz des Kreises an einen Konservativen übergegangen. Ein Unfall von nur 600 Wählern würde auch seinen Sitz in die Hände des unionistisch-konservativen Kartells bringen, und nach der Ansicht verschiedener Leute ist dieser Unfall nicht unwahrscheinlich. Allerdings wird Labouchere diesmal die Stimmen der Socialisten Northampton für sich haben, und wird es vielleicht zu einem Kompromiß dahin kommen, daß die Radikalen von der Richtung Laboucheres da zweiten Sitz seinen Genossen überlassen, indes wenn die Hauptentscheidung nicht sehr nachläßt, ist selbst dann die Wiederwahl Laboucheres ziemlich zweifelhaft.

Die fünf von der Regierung veröffentlichten Briefe rühren von hervorragenden Mitgliedern des Afrikaer-Ministeriums Schweiner her und können ihre Verfasser höchstens in den Augen der extremen Vortreter: Präsident Krügers kompromittieren. Sie alle wenden sich gegen die verstoßte reaktionäre Politik Krügers und seine ewigen Unterwürfige. Einige drücken sich dabei mit einer Verdächtigkeit aus, die den Angriff der englischen Presse auf Krüger in keiner Weise nachsteht. So schreibt der Kap-Oberrichter J. de Villiers an den Staatssekretär Fisher vom Orange-Freistaat:

„Als einer von denen, welche die Konvention von 1881 unterzeichnet haben, kann ich Sie versichern, daß meine Mitkommissäre Sie nicht unterzeichnet haben würden, wären sie nicht zu dem Glaubensbekenntnis worden, daß Präsident Krügers Politik gegenüber den Ausländern eine ganz andere sein würde, als sie wirklich gewesen ist.“

Unter 31. Juli v. J. schreibt er:

„Ich sehe, daß Mr. Chamberlain wiederum einen Delzweig hinab, indem er eine gemeinschaftliche Untersuchung über die Wahlfestvorlage vorschlägt. Wenn der Präsident weiß ist, so zeigt er nicht, in der ersten Stunde, einen verständigen Geist. Die Leute in Pretoria scheinen sich die Situation nicht zu verargenwähnen. Als ich dort war, schien Reich die ganze Sache als einen Missetat zu behandeln.“ Unter dem 28. September: „Diese Mänder, einer unliebsamen Entscheidung aufzuweichen, sind es, welche mehr als alles andere die britische Regierung zu ihrem jetzigen Verhalten getrieben haben.“

Rechnlich die Briefe des jetzt vielgenannten Kap-Politikers Merriman. Dieser Vertreter der inentwegten Afrikaer schrieb am 11. März an Präsident Steyn:

„Man kann sich die Thatsache nicht verhehlen, daß die größte Gefahr für die Zukunft in der Haltung Präsident Krügers und seiner eillen Hoffnung liegt, einen Staat auf der Grundlage einer engherzigen, unangefönderten Minderheit aufzubauen, sowie in seiner eigenmächtigen Verwerfung aller Ansichten auf die Verwendung der ihm zu Gebote stehenden Mittel für den Aufbau einer wahren Republik auf breiter, liberaler Grundlage.“

Wie man sich leicht denken kann, nuzt die hiesige regierungsfremdliche Presse die Briefe weidlich dazu aus, das Verhalten der Regierung vor Ausbruch des Kriegs zu rechtfertigen. Doch wendet die radikale Presse nicht mit Unrecht dagegen ein, daß die Zeugnisse für die Berechtigung der englischen Beschwerden noch kein Beweis sind, daß die Regierung die Verhandlungen mit dem erforderlichen Takt geführt habe. Ihr sind die zitierten Stimmen hervorragender afrikanischer Politiker im Gegenteil ein Beweis, daß England den Faktor Zeit auf seiner Seite gehabt habe, und bei etwas gebuldigerem, den Verdacht der Afrikaer hebenden Vorgehen ohne Krieg die Abstellung der Beschwerden erreicht hätte. Sie betreiben ihr vor allem die Hoheit des Gebietes von der großen boerisch-afrikanischen Verschwörung zur Austreibung der „Engländer.“

Die Erklärung des „Verschwörers von Pretoria“, Hans Cordua, wird von einem Teil der hiesigen Blätter als übertriebene Härte angesehen, während andre sie nur sehr lau mit dem Hinweis auf den Kriegszustand und die Ausnahmeverhältnisse in Transvaal einschuldigen. Die Rolle, die der politische Spion Kano in der sog. Verschwörung gespielt hat, ist zweifellos genug, um selbst viele Regierungskandidaten bebenlich zu stimmen. Die Erzjünges dagegen jubeln, daß Lord Roberts sich endlich dazu angedungen habe, von seiner „unmäßig milden“ Handhabung des Kriegsrechts abzugehen. In gleicher Weise wird die Ordmannung des Lord Roberts beurteilt, welche die Internierung derjenigen Boeren verfußt, die den Eid der Enthaltung von allen Feindseligkeiten und Anzeige aller Umsätze etc. nicht geleistet haben. „Diese Politik der Internierung“, schreibt die konservative „St. James Gazette“, „ist die schnellste, wirksamste und auf die Dauer humanste“. Gegen den Vorwurf der „Westminster Gazette“, daß dies nur eine Wiederholung der „Reconcentration“ der Spanier auf Kuba sei, bemerkt das Toxblatt, nicht die Internierung selbst, sondern die Auswanderung der internierten Kubaner sei es gewesen, welche den Spaniern mit Recht als Verbrechen angerechnet worden ist. England, das reich sei und über eine wirksame Verwaltung verfüge, werde die internierten Transvaaler keinen Mangel leiden lassen. Die Internierung sei die einzige Alternative eines sich endlos hingiehenden Guerillakrieges.

Das stimmt aber nur, so lange man die auf einem andern Blatt stehende Alternative eines Friedensschlusses ansieht, der England alles giebt, was es im vorigen Sommer verlangte, ihm Würdigkeiten für seine Oberhoheit und die Erhaltung des Friedenszustands in Südafrika bietet, innerhalb dieser Grenzen aber den Boeren ihre nationale Selbstständigkeit läßt. Daß die große Mehrheit der Boeren auf solche Bedingungen eingehen würden, ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen. Die Annexion in jeden Preis zwingt die englische Kriegsführung zu Gewalttaten, die vor einem Jahr in ganz England einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen hätten, heute aber teils nur jähne Aendernde des Bedauerns oder wehmütige Klagen hervorrufen, teils mit Rücksicht gebilligt werden. Es ist auch hier nur der erste Schritt, der größere Ueberwindung kostet. Ist er gethan, so geht es ohne Gnade bergab.

Die Direktion der großen Ostbahn hat dem Komitee der Angestellten angekündigt, daß sie ihm in der ersten oder zweiten Woche des September Antwort auf alle ihr vorgelegten Beschwerden und Forderungen zugehen lassen wird. Ob die Angestellten darauf warten werden, ist noch nicht entschieden. Inzwischenschaft bringen sie damit ein großes Opfer, denn mit Anfang September ist die Hauptzeitigkeit und damit der günstigste Zeitpunkt für einen Ausstand vorüber, zumal auch dann viele Saisonarbeiter der Landwirtschaft disponibel werden. Omnia laudet ferner die Mitteilung, daß die Direktion der großen Londoner Eisenbahngesellschaften gestern eine Konferenz abgehalten und auf dieser beschlossene haben, im Falle eines Ausstands der Direktion der Ostbahn jeden nur möglichen Beistand zu leisten und insbesondere keinen ihrer bisherigen Angestellten zu engagieren. Wenn etwas geeignet ist, die Gemüter der Angestellten zu entflammen und zu einem unüberlegten Schritt hinzureißen, ist es sicherlich diese Meldung.

Inzwischen ist an einem andern Punkte des Landes, nämlich im südlichen Teil von Wales, ein Ausstand von Eisenbahnen ausgebrochen, der das allgemeine Interesse des Publikums in Anspruch nimmt. Es betrifft dies die Eisenbahn im Laff-Abal, welche einen großen Teil der in Wales gewonnenen Kohle in die Hafenplätze der Südküste von Wales, insbesondere das mächtig emporgewachsene Cardiff zur Verladung befördert. Eine Stöpfung ihres Verkehrsbedienstes bedeutet daher sowohl Stöpfung der Arbeit in den Bergwerken wie der Post- und Arbeit in den Häfen und setzen sie sich länger hinzieht, Steigerung der so allgemein empfundenen Kohlennot.

Der Anlaß des Ausstands ist ein doppelter. Erstens handelt es sich um die Einstellung eines Signalwächters, namens Ewington in den Posten, den er vor einer längeren Erkrankung innegehabt hatte. Die Direktion hatte während der Krankheit den Posten anderweitig besetzt und schlug nun Ewington eine andre Stelle vor, die er aber ablehnte. Nach den Erklärungen der Direktion kann es sich dabei weder um schlechtere Bezahlung noch um strengeren Dienst gehandelt haben, denn sie machte in dieser Hinsicht dem Betreffenden alle möglichen Zugeständnisse. So bleibt nur die Folgerung, daß der Reuangelegte Nichtveränderer war. Dies allein kann die hohnnädigkeit Ewingtons und die Thatsache verständlich machen, daß sich alle seine Kollegen mit ihm solidarisch erklärten.

Der zweite Grund des Ausstands ist das Verlangen einer Lohnaufbesserung und die Weigerung der Direktion, mit den Vertretern des Eisenbahner-Verbands zu unterhandeln. Der Anspruch der Eisenbahner-Angestellten auf Lohn-erhöhung wird um so verständlicher, wenn man berücksichtigt, daß die Löhne der Kohlenarbeiter, mit denen sie in täglichem Verkehr stehen, in neuerer Zeit um 40 Proz. und darüber gestiegen sind, und auch die meisten andern Arbeiterkategorien Aufbesserungen zu verzeichnen haben. Die Direktion der Laffthal-Bahn hat es denn

auch nicht für angezeigt gehalten, sich der Forderung pure ablehnend zu verhalten. Sie will aber nur mit Deputationen der eignen Leute verhandeln, dagegen keinem Fernstehenden — outsider — Einmischung gestatten.

Daran hängt im Augenblick die Frage des Ausstands. Bei der Wichtigkeit der in Frage kommenden Interessen hat der Handelsminister Ritchie sich sofort mit beiden Parteien in Verbindung gesetzt und seine Vermittlung angeboten. Und wieder zeigt sich das sonst schon beobachtete Schauspiel, daß die Arbeiter und ihr Komitee dem Minister jedes Entgegenkommen zeigen, die Unternehmer aber ihm in schroffer Weise den Stuhl vor die Thür setzen. Direktor Vealby von der genannten Eisenbahn spielt den „Mann von Eisen“, der von seiner Vermittlung oder Schiedsrichterei wissen will. Indes zeigen auch die Ausständigen eine große Entschlossenheit und sie haben die Bergarbeiter und die große Masse der übrigen Arbeiterkategorie für sich. Sie sind unerschrocken etwas zu vornehm in den Ausstand getreten, und ohne die Verbissenheit der Direktion würde die Ueberkeit ihre Sache schwer geschädigt haben. Aber die Weigerung der Direktion hat selbst einen großen Teil derjenigen Presse auf die Seite der Angestellten gebracht, der erst geneigt war, gegen sie Partei zu nehmen. Sogar der bekannte waliser Kohlenkönig, Sir William Th. Lewis, macht verständlichere Vorschläge.

Wie groß die Zahl der Ausständigen ist, bezw. welchen Prozentsatz des gesamten ungefähr 2000 Personen umfassenden Dienstpersonals sie ausmachen, läßt sich aus den Berichten noch nicht genau ersehen. Der Versuch, Arbeitswillinge zu importieren, ist bis jetzt so gut wie fruchtlos geblieben, und die Arbeit der Dienstwilligen reicht bei weitem nicht aus, die Anforderungen an den Verkehr zu bewältigen. Es stockt an allen Ecken und Enden. Und ferner ist der Dienst ein äußerst unangenehmer geworden, denn die Ausständigen und die mit ihnen sympathisierende Bevölkerung hält sich in Massen in der Nähe der Bahnhöfe auf und läßt es an drastischen Beweisen ihrer Mißbilligung nicht fehlen. Es sind schon allerhand Ausschreitungen, Bombardierung von Zügen etc. vorgekommen, so daß ein großer Aufwand von Polizei notwendig ist, um die Ruhe aufrechtzuerhalten, und es fraglich ist, ob er auf die Dauer ausreicht. Die Zahl der in Mißleidenschaft gezogenen Bergarbeiter wird auf 20 bis 30 000 angegeben.

Ruhe in China.

Die sehr spärlich einlaufenden Nachrichten künden völlige Ruhe in der chinesischen Frage, militärische Ruhe und diplomatische Ruhe. Zwar ist Graf Bilow aus Nordern nach Peking zurückgekehrt; die Verhinderung seiner Teilnahme an der Enthüllung neuer Kunstgilden in der Siegedalce erseht aber kaum das beharliche Schweigen über seine Chindiplomatie, so bescheiden er selbst über seine Verdienste denken mag. Auch vom Ausland erfährt man nichts über die Pläne der Mächte.

Nur eine bemerkenswerte Episode erfüllt heute eine interessante Aufklärung. Wir berichten von der Auflösung der belgischen China-Expedition. Nun schreibt die „Köln. Ntz.“ offiziell:

Der Pariser „Matin“ beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit dem Verzicht Belgiens auf Entsendung einer eignen Expedition nach China und sagt, man sei in Belgien sehr aufgeregt darüber, weil laut Nachricht des Brüsseler Blatts „Le Soir“ der deutsche Kaiser dieser Expedition ein unbedingtes Veto entgegen-gesetzt habe. Der Ton der deutschen Note sei mehr als drohend; die belgische Nation sei berechtigt, sich durch das außerordentliche Vorgehen verletzt zu fühlen.

Hierzu ist zu bemerken:

Zunächst hat Deutschland aus eigenem Antriebe überhaupt gar keine Stellung zu der Angelegenheit genommen, sondern erst, als von der belgischen Regierung um Mitteilung ihrer Auffassung über die Expedition gebeten wurde. Auf diese Anfrage wurde eine Antwort erteilt, die weder eine verkehrende, noch drohende Form hatte, vor allem kein Veto enthielt, weder ein bedingtes noch ein unbedingtes. Die Antwort auf die Anfrage Belgiens lautete lediglich dahin, daß nach deutscher Auffassung genügende Truppen der Mächte teils in Marsch gesetzt seien, teils in aller-kürzester Frist abgehen würden, um die Wiederherstellung der Ordnung in China zu verbürgen. Unter diesen Umständen könne die Notwendigkeit einer belgischen Expedition auf Zweifel stehen; die Aiderstattung von von Belgien aufgewendeten Kosten erscheine daher nicht von vornherein als gesichert.

So weit und bekannt, sollte die belgische Expedition ebenso schnell zur Abreise bereit sein, als die dritte „asiatische Brigade“, die von Bremerhaven abgehen soll. Man gönnt offenbar keinem andern einen Anteil an den Ehmalorbereren.

Jedenfalls aber bestätigt diese offiziöse Aeußerung der Berliner Regierung unsere Auffassung von der jetzigen Situation in China. Armer Waldersee!

Berichte Pichou.

Paris, 28. August. Ein heute hier eingetroffenes Telegramm des Gesandten Pichou aus Peking vom 19. August besagt: Die verbündeten Truppen zogen am 14. August in Peking ein, setzten ihre Operationen am folgenden Tage fort und beschossen die kaiserliche Stadt und einige Pavillons des Palastes, von welchen chinesische Soldaten auf sie geschossen hatten. Der Stellung wurde entzweit. General Frey hat sich vorläufig in den Gärten des kaiserlichen Palastes niedergelassen. Der Hof ist entsetzt, man weiß nicht, wohin, nachdem er 5 oder 6 Mitglieder des Jung-li-Jamens, welche für weniger fremdenfeindlich galten, hatte hinhängen lassen. Es ist dringend notwendig, die Eisenbahn-Verbindung mit Tientsin wieder herzustellen. Die Unsicherheit der Wege erschwert aber diese Arbeit sehr. Neue Angriffe der Boer und regulären chinesischen Truppen sind zu befürchten (mittlerweile haben sich diese Befürchtungen als unndig erwiesen. D. Red.), erste Vorsichtsmaßregeln sind notwendig. Das Detachement, welches die Gesandtschaft verteidigte, hatte 14 Tote. Bei den Kämpfen um den Peitang fielen

fünf Mann. Das gesamte Gesandtschaftspersonal, die Dolmetscher einbezogen, befinden sich in einem kläglichen Zustand. Ich wohne in der spanischen Gesandtschaft, einige Angestellte wohnen noch in dem Teil der französischen Gesandtschaft, der stehen geblieben ist, oder in benachbarten chinesischen Häusern. Die meisten Stadtteile sind nur noch Ruinenhaufen.

Ein thörichter Streich.

Meldung der „Agence Havas“: Admiral Courrèjolle's telegraphische Depesche: Die belagerten Admirale beabsichtigen die Gesandtschaften in Peking von ihrem Verbleibe, Li-Hung-Tschang auf der See zurückzubehalten, bis die Gesandtschaften melden würden, daß sie mit ihm Unterhandlungen beginnen wollten.

Ein vernünftiges Wort.

Telegramm des „Reuter'schen Bureaus“ aus Shanghai: Die fremden Konsule sprechen ihre Mißbilligung zu der angeregten Illumination der Stadt anlässlich der Feier der Befreiung Peking's aus. Sie haben der Stadtverwaltung mitgeteilt, daß sie sich an der Illumination nicht beteiligen würden.

Es sind Gerüchte im Umlauf, die von einem wichtigen Schritt der Engländer im Jang-tse-Fluss wissen wollen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. August.

Verfassungsjourenale.

Allgemach greift auch in bürgerlichen Kreisen ein bängliches Empfinden um sich, ob sich das chinesische Thun der Regierung noch verfassungsmäßig rechtfertigen lasse. Nun wird das Spiel mit der Verfassung, das die Welpolitik betreibt, selbst einigen unverschämten nationalen Blättern unbekannt.

Es wird bekannt, daß am 30. September den zwölf Bataillonen der „ostasiatischen Infanterie-Regimenter“ Fahnen und einem „ostasiatischen Reiter-Regiment“ eine Standarte verliehen werden soll. Dadurch würden die „ostasiatischen Regimenter“ — die dem Gesetz überhaupt unbekannt sind — den Charakter der Ständigkeit und damit der Verfassungswidrigkeit aufgeprägt erhalten.

Die „National-Zeitung“ entdeckt nun angeht dieses Vorhabens der Militärverwaltung ihre Anhänglichkeit an die Bestimmungen der Reichsverfassung:

„Damit gewinnt die sachlich und staatsrechtlich sehr wichtige Frage, ob die Militärverwaltung mit den für Ostasien zusammengestellten Truppenteilen neue Formationen beschaffen darf, welche für die Dauer, auch für den Friedensdienst, bestimmt sind, und ob die Militärverwaltung sich hierzu einseitig, ohne gesetzliche Vollmacht berechtigt erachtet, eine Bedeutung, welche Aufmerksamkeit erheischt. Seit dem Jahre 1874, in welchem das erste Reichs-Militärgesetz erlassen wurde, steht sowohl die Friedens-Präsenzstärke des Heeres, als auch die Zahl der Truppenteile, der Bataillone, Schwadronen, Batterien usw. gesetzlich fest. Beide Zahlen sind seitdem wiederholt durch Gesetz erhöht worden; aber daß es nur durch Gesetz geschehen kann, ist ein anerkannter Grundsatz des Reichsrechts. Im preussischen Militärkonstitut der sechziger Jahre haite es sich u. a. auch um diese Frage gehandelt; nach mehrfachen Provisorien ist sie im Reichs im Jahre 1874 in der erwähnten Art entschieden worden. Gegenwärtig zählt das deutsche Heer im Frieden nach dem Militärgesetz von 1899: 625 Infanterie-Bataillone, 452 Escadronen Reiterei, 574 Batterien Feldartillerie usw.“

„Eine solche (Bildung dauernder Truppenkörper) könnte mit der Absicht zusammenhängen, eine „Kolonialarmee“ zu bilden, wovon in der letzten Zeit mehrfach die Rede war. . . . Aber es scheint uns unbestreitbar, daß eine derartige Bildung einer Kolonialarmee sogar dann der gesetzlichen Grundlage bedürfen würde, wenn dadurch die jetzige gesetzliche Zahl der deutschen Truppenteile nicht vermehrt werden, wenn die Bataillone, Schwadronen, Batterien u. d. der Kolonialarmee an die Stelle bisheriger Truppenteile treten sollten; es würden auf alle Fälle Veränderungen bestehender gesetzlicher Bestimmungen, z. B. betreffs der persönlichen Dienstpflicht, notwendig sein. Bedeutet indes die jetzt angeordnete Verleihung von Fahnen überhaupt, daß die „ostasiatischen“ Truppenteile zu dauernder Existenz bestimmt seien, so dürfte schwerlich die Absicht obwalten, dafür eine entsprechende Anzahl älterer Truppenteile eingehen zu lassen; vielmehr würde dann wohl eine Vermehrung der Cadres um die Zahl der neuen Bataillone, Schwadronen und Batterien geplant sein. Die sachliche Bedeutung und Berechtigung der einen und der anderen etwaigen Absicht erörtern wir hier nicht; worauf es zunächst ankommt, das ist festzustellen, daß in keinem Falle die Verleihung von Feldzeichen, die für eine Vermehrung der Truppenteile erforderliche gesetzliche Grundlage ergeben kann. Der Reichskanzler und der Kriegsminister tragen die Verantwortlichkeit dafür, daß in dieser Beziehung nicht Zweifel und Unklarheiten entstehen, wie solche vor einem Reichensolter zu unerklärten parlamentarischen Kämpfen geführt haben.“

„Kehlich äußert sich die „Zagl. Rundschau“ und selbst die „Neu-Zeitung“ hält das Verfahren der Regierung nicht für einwandfrei.“

„Erbitterte parlamentarische Kämpfe“ werden ob dieser Vorgänge nicht entbrennen. Die Liberalen von heute sind noch weit unter den Liberalen der 60er Konfliktjahre.

Gewiß ist die Fahnenverleihung, welche die Kriegsverwaltung beabsichtigt, gesetzlich unzulässig, denn es können nicht Fahnen an Truppenteile verliehen werden, die keine gesetzliche Existenz haben. Doch die liberale Erregung über die Weihe der ostasiatischen Fahnen und Standarten soll nicht vergessen lassen, daß seit Monaten die Reichsverfassung zum Spielball der welpolitischen Launen geworden ist. Seit Monaten hat man geschwiegen und sich geduldet, da ein Krieg ohne Kriegserklärung begonnen wurde, da der Bundesrat unbefragt blieb, da der Reichstag und sein Geldbewilligungsrecht Luft blieb, da neue Regimenter gebildet wurden, die das Parlament nicht bewilligt hatte.

Da das „größere Deutschland“ werden soll, was verschlägt's, wenn Gesetz und Verfassung zu Schaden kommen? —

Die Reform der Krankenversicherung.

Immer deutlicher treten die Pläne hervor, die für die sogenannte Reform der Krankenversicherung gehegt werden und immer klarer wird es, daß die Hebung der Leistungsfähigkeit der Kassen Nebensache, daß politische Ziele die Hauptsache sein sollen. Erst kürzlich konnten wir auf eine offiziöse Auslassung hinweisen, in der die Notwendigkeit der Verrückung der freien Hilfskassen nachzuweisen versucht wurde, während auf der anderen Seite die Betriebs- und Zunftklassen als Blümlein Nährmüchtnacht behandelt werden.

Jetzt liegt wieder eine anscheinend inspirierte Auslassung der „Kölnischen Zeitung“ vor, die sich mit der Frage der Verwaltung der Ortsklassen beschäftigt und unter Wiederholung alter, unabweisbarer und unabweisbarer Beschuldigungen der Einschränkung der Selbstverwaltung der Ortsklassen das Wort redet.

Der Artikel beginnt mit der kölnischen Erklärung, es wäre nie etwas Besseres behauptet worden, als wie, daß

die Regierung beabsichtige, mit der Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes eine Bekämpfung der Socialdemokratie zu verbinden, um gleich darauf fortzuführen:

„Wie die Dinge heute liegen, ist es ganz undenkbar, daß bei der Reform der Krankenversicherung nicht einseitig Mittel und Wege in Erwägung gezogen werden, um die Verwaltung der Kassen von parteipolitischen Bestrebungen zu trennen und eine sachliche Führung der Geschäfte zu sichern. Wer darin eine Bekämpfung der Socialdemokratie sieht, stellt sich auf den Standpunkt der Socialdemokraten, daß die Kassen für die „Genossen“ da seien und diesen das ausschlaggebende Wort gebühre.“

Welch thörichtes Gerücht! Den Versicherten gebührt das ausschlaggebende Wort in der Kasse, denn ihrerwegen sind die Kassen da, sie zahlen die meisten Beiträge und ihr Wohl und Befehl steht in Frage bei der Verwaltung der Kasse. Diesem Thatbestande trägt das bestehende Gesetz Rechnung und von diesen gesetzlichen und sachlich auch durchaus begründeten Rechten machen die Versicherten Gebrauch. Sind die Versicherten alle oder in der großen Mehrheit „Genossen“, dann ist es natürlich eine Sache des Geschicks, ob man sagen will, die „Genossen“ gäben den Ausschlag in den Kassen. Wenn die „Genossen“ nicht Mitglieder der Kassen sind — gezwungen durchs Gesetz — dann können sie weder ein ausschlaggebendes noch überhaupt ein Wort in den Kassen reden. Für parteipolitische Zwecke die Kassen zu „mißbrauchen“, verbietet schon das bestehende Gesetz.

Mit frivolster Leichtfertigkeit behauptet der Artikel weiter, daß nach der Novelle von 1892, die den freien Hilfskassen den Daumen auf's Auge drückte, die socialdemokratischen Arbeiter als Entgegung darauf die Parole ausgegeben hätten, nunmehr „die Kassen der Regierung, die Zwangskassen, zu schädigen“. In Wirklichkeit stand die Sache so, daß sich nach 1892 großer Kreis der Arbeiter die Ansicht bemächtigte, es sei nutzlos, ihre Kräfte noch länger in dem Kampf um die Erhaltung der freien Hilfskassen zu verschwenden, denen doch einmal die Vernichtung geschworen wäre, und daß es besser wäre, in die Ortsklassen einzutreten und dort unter Vernichtung der gesetzlichen Rechte ihre Interessen als Versicherte wahrzunehmen. Begünstigt wurde dies noch durch den Umstand, daß zu jener Zeit ein großer Teil der Unternehmer unter dem Einfluß der Behörden alle Hebel in Bewegung setzte, um die Arbeiter in die Ortsklassen zu zwingen, weil man in der That von der Bekämpfung der freien Hilfskassen eine Schädigung der Socialdemokratie erhoffte, als deren „Pflanzstätten“ man die Hilfskassen bezeichnete. Wenn irgend wer die Ortsklassen geschädigt hat, dann sind es die Unternehmer gewesen, die bis 1892 das ausschlaggebende Wort in der Verwaltung sprachen. Denn bis dahin waren die Ortsklassen so schlecht verwaltet, daß sie kaum die Hälfte des gesetzlichen Reservefonds anzusammeln vermochten; erst seitdem die „Genossen“ die „Schädigung“ der Ortsklassen durch massenhaften Eintritt „beschlossen“ hatten, hat sich darin eine Besserung vollzogen, so daß jetzt die Vermögenslage dieser Kassen den gesetzlichen Anforderungen fast völlig genügt.

Eine unverschämte Lüge sei noch angehängt: „Wehrhät man auch versucht, sich socialdemokratische Kräfte zu verzeichnen, die mit einem recht hohen Honorar fest angestellt waren, den Weisungen des Vorstandes blind gehorchten und selbstverständlich einen Teil ihres Gehalts als Tribut in die Parteikasse abzuführen hatten.“

Wo hat man das versucht? Wer hat das versucht? Einen Beweis werden wir vergeblich erwarten.

Der Artikel kommt zu dem Schluß:

„Planmäßig wird der Eroberungszug weitergeführt werden und eine Kasse nach der andern dem socialdemokratischen Einflusse verfallen. Die erste und wichtigste Aufgabe der in Aussicht genommenen Gesetzesänderung muß es daher sein, dieser Entwicklung einen kräftigen Damm entgegenzusetzen, damit das Krankenversicherungs-Gesetz nicht mehr als ein Gesetz zur Förderung der Socialdemokratie bezeichnet werden kann. Solche Maßnahmen sind unerlässlich, wenn es zu einer Zusammenlegung der noch verstreuten organisierten Kassen zu einheitlichen Kassen kommen sollte, da diese über kurz oder lang zu lokalen Organisationen der socialdemokratischen Partei eingerichtet werden würden.“

Man wird also wiederum, wie so oft schon, unter dem Namen einer Reform der Arbeiter ihre künftigen Rechte einschränken; man will das thun in demselben Augenblicke, wo man der Welt auf der Pariser Ausstellung mit großer Reklame Goldobeliskten zeigt, die den Segen der deutschen Socialreform verkörpern sollen, wo man mit schmatzendem Behagen die durch den Goldobeliskten gebildeten, von keiner Sachkenntnis getrübbten Lobeshymnen eines temperamentvollen Franzosen wieder und wieder verzeihet. Und während die „Kölnische Zeitung“ in ihrem Artikel sich noch darüber moquiert, daß die Socialdemokraten „Arbeiter“ und „Socialdemokrat“ für identisch hielten — was in Wirklichkeit leider durchaus noch nicht der Fall ist — zeigt sie und ihre Auftraggeber gerade durch die Behandlung der Krankenkassen, daß sie „Socialdemokrat“ und „Arbeiter“ identifizieren; sie wollen den Arbeitern Rechte nehmen, weil ihnen die Socialdemokraten unbedeutend sind.

Deutsches Reich.

Der kaltgestellte Reichstag. Die „Germania“ bemerkt zu der gestrigen, die Reichstags-Einberufung abweisenden Note des Regierungsorgans:

„Schon früher hat die „Germania“ mehrfach auf die Notwendigkeit der Einberufung des Reichstags hingewiesen. Es ist sehr zu bedauern, um nicht zu sagen, zu verurteilen, daß sich die Regierung nicht dazu verstehen will.“

Es ist sehr zu bedauern, um nicht zu sagen, zu verurteilen, daß sich die „Germania“ nicht dazu verstehen will, auf die Behauptung der „Schles. Ztg.“ zu antworten, die Regierung halte seitens der Vertreter der Mehrheitsparteien des Reichstags Zustimmung zur Nichteinberufung des Reichstags erhalten. —

Chinapläne.

Während die Regierungen in Schweden über ihre etwaigen weiteren Absichten in China verharren, ergeben sich die Zeitungen in allerlei Eilbrieven-Programmen, die mehr oder weniger eine Gewalt-herrschaft der europäischen Mächte in China verlangen. Man fordert ungeheure Entschädigungssummen, militärische Besetzung aller wichtigen Häfen und Städte, Uebernahme der chinesischen Finanz- und Steuerverwaltung, Unterstellung der Regierung und des Kaisers unter europäische Kontrolle u. s. f. Wir haben wiederholt gewarnt, durch eine derartige Vergewaltigungs- und Ausraubungspolitik das chinesische Volk zum gesteigerten Fremdenhaß und zum organisierten Widerstand gegen Europa zu reizen.

Herr v. Brandt, der Chinakenner, der freilich durch verständige Bemerkungen über die Dinge in China die frühere Anerkennung unserer Welpolitik verächtlich hat, äußert jetzt in einem Londoner Journal recht beachtliche Anschauungen über das, was nun weiterhin in China geschehen und nicht geschehen müsse. Er führt aus:

„Sollten die Kaiserin-Regentin und der Kaiser Peking verlassen haben, so wird alles daran zu setzen sein, sie durch freundschaftliche Verhandlungen, die durch Li-Hung-Tschang und die Generalgouverneure der nördlichen und südlichen Provinzen, auch durch Juan-shi-lai zu führen sein würden, zur Rückkehr nach Peking zu bestimmen. Für den Fall, daß dies vergeblich bliebe, würden, da ein militärischer Vorstoß nach Schingansu, abgesehen davon, daß er unglückliche Summen an Geld verschlingen dürfte, eine wilde Gänsejagd werden könnte, dem renitentem Hofe die pelumiären Zustände aus den Provinzen, ohne die er nicht bestehen kann, abzuweichen sein, was ihn bald zur Vernunft und Mäßigkeit bewegen dürfte. In der Zwischenzeit würde mit chinesischen Bevollmächtigten, die ebenfalls durch die Generalgouverneure und die in Peking zurückgebliebenen höchsten Beamten bezeichnet werden könnten, soweit dies nicht schon, wie im Fall Li-Hung-Tschang, durch die Regierung geschehen wäre, über die materiellen Bedingungen der Verständigung verhandelt werden können. Was vor allen Dingen verhandelt werden muß, ist eine Einmischung der fremden Mächte in die staats- und familienrechtliche Seite der chinesischen Thronbestimmungen und der Erbfolgefrage; ein von einer oder mehreren fremden Mächten eingesetzter Kaiser von China würde in sechs Monaten nur, soweit die Gesetze und Gewerbe seiner fremden Protektoren reichen, wirkliche Autorität besitzen, abgesehen davon, daß eine solche Puppe den ganzen Verhältnissen entsprechend nur ein Hampelmann sein könnte, dessen Schur bald von russischen, bald von englischen oder andern Händen gezogen werden würde. Was wir aber in China gebrauchen, ist eine starke und kräftige Regierung, denn je stärker und kräftiger dieselbe sein wird, desto eher wird wieder Ruhe und Ordnung im Lande herrschen und desto früher wird der jetzt ganz kauernde Handel sich wieder beleben. Wir brauchen eine starke und selbständige Regierung aber nicht, um die Erfüllung der Friedensbedingungen zu sichern, die wir China aufzuerlegen gezwungen sein werden, und es würde ein großer verwerflicher Irrtum sein, wenn man glauben wollte, dies auf die Dauer durch eine Occupation chinesischer Landestheile thun zu können.“

Man sollte vor allen Dingen nicht vergessen, daß eine schwache chinesische Regierung weit leichter fremden Einflüssen zugänglich sein muß und wird, als eine stärkere, die in ihrer eignen Kraft den Mut und die Macht finden kann, sich solcher zu erwehren, während eine schwache Regierung, und wir haben schon erst den Beweis dafür erlebt, ihnen unterliegen muß. Auch die sogenannte Reformpartei würde hiervon keine Ausnahme machen, jede Reformbewegung in China muß, wenn sie überhaupt eine Aussicht auf Erfolg haben soll, eine nationale, d. h. auf die Stärkung Chinas dem Auslande gegenüber basierte sein, und dies vergessen und übersehen zu haben, ist ein Hauptfehler, dessen sich die fremden Mächte in ihren Beziehungen zu China während der letzten Jahre schuldig gemacht haben.“

Wir stimmen mit Herrn v. Brandt nicht allenthalben überein. Doch unsere welpolitischen Draufgänger können manches aus seinen Darlegungen lernen. —

Hohe Politik. Zur Vorgeschichte der Ernennung des Grafen Waldersee teilen die „Deutsch-Sozialen Blätter“, angeblich aus ganz sicherer Quelle folgendes mit:

„Eine hohe Frau, von deren schwerer Erkrankung einzelne Zeitungen jüngst zu berichten wußten, ist keineswegs so leidend, daß sie nicht noch jede Gelegenheit wahrzunehmen bereit wäre, um die Interessen ihres Vaterlands zu fördern. Sie kennt den hohen Sinn ihres erlauchten Sohnes, der darauf gerichtet ist, dem deutschen Volke den ersten Platz unter den Völkern der Erde zu sichern, und da man neuerdings in England wieder einmal den Tag offiziell ausgesprochen — daß die Interessen Englands und Deutschlands in den meisten Fällen die gleichen seien, so schien der Zeitpunkt sehr geeignet, dem Deutschen Reich eine Ehre zu erweisen. Ihre Majestät die Kaiserin von Rußland, bekanntlich eine Enkelin der Königin Victoria, der dieser Plan unterbreitet wurde, hat ihren hohen Gemahl dann veranlaßt, seinem Kaiser den Vorschlag zu machen, daß Graf Waldersee zum Oberbefehlshaber präsentiert werden möge. Zarie Damenhände haben also dem Deutschen Reich die verantwortungsvolle Ehre der Führerschaft in Ostasien verschafft.“

Schweinsburg kommt nochmals auf die von uns kritisierte Zurückweisung einer Arbeitlosenversicherung zurück. Tags zuvor hatte er erklärt, die Arbeiter seien selbst schuld an ihrer Not, da sie „in den guten Tagen“ nicht sparen. Jetzt antwortet der Centralverbandsbedienstete mit dem Hinweis, daß die Arbeiter — flehlich Sparere seien, wie die öftentlichen Sparcassen zeigen. Woher also die Arbeitslosigkeit, da Herrn Schweinsburg Spararmuth erklärt ist? Die socialdemokratischen Arbeiter machen eine Ausnahme im Sparere, sie „nützen“ mit ihren Groschen nur die „Röhre“. Folglich: Die Not der Arbeitslosigkeit besteht nur für Socialdemokraten; Nichtsocialdemokraten leben sorgenfrei, auch wenn die Fabriken still stehen und die Wänter ruhen.

Sollte nicht für das schwere Geld des Centralverbands etwas weniger Lächerlichkeit in der Beleidigung der Arbeiterforderungen zu erkaufen sein? —

Zum Fall Dullio bringt endlich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ eine offiziöse Erklärung, die zwar unklar genug, aber nichtsdestoweniger äußerst unbefriedigend ist. Mit die Zugehörigkeit Dullios, heißt es in der Erklärung, zur freiwilligen Volkspartei sei die Ursache der Nichtbeschäftigung — eine Annahme, gegen welche schon die Bestätigung anderer derselben Partei angehöriger Stadträte spreche — sondern die Art, in der Dr. Dullio jahrelang gegen die Regierung und die höchste staatliche Autorität öffentlich agitiert habe. Auch mittelbare Staatsbeamte dürften die Rücksichten nicht außer acht lassen, die ihnen ihre Stellung auferlege.

Dazu kommt, daß Dr. Dullios aufreizende Agitation gegenüber andern politischen Parteien wesentlich zur Verschärfung der politischen Gegensätze innerhalb der Bürgerschaft Königsergs beigetragen hat. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß ein so leidenschaftlicher Parteimann für ein obrigkeitliches Amt nicht geeignet ist.“

Obwohl gegen Dullio für den Minister zum Veranlassung genug zum disciplinaren Ein-schreiten vorgelegen habe, habe man doch von einer solchen abgesehen und erwartet, daß ein bloßer „Himweil“ an die Dienstpflichten“ Dr. Dullio veranlassen werde, in Zukunft so ihm durch seine Stellung auferlegte Reserve mehr zu beobachten. Unrichtig sei, daß Dullio nicht diejenigen thätlichen Vorkommnisse, auf die sich die Verwahrung bezogen hat, mitgeteilt worden seien. Außerdem sei Dullio bereits früher über eine Reihe dieser Vorkommnisse amtlich gehört worden. Auch habe keine Anklage vorgelegen, Dullio eine Abschrift der Verfügung des Ministers des Innern zu erteilen, da diese nicht an Dullio, sondern an den Regierungspräsidenten gerichtet gewesen sei. —

Ueber die Behauptung, daß ihm konkrete Fälle, die zu seiner Verwahrung geführt hätten, thätlich mitgeteilt worden seien, wird Dr. Dullio sich selbst äußern müssen. Soviel ist aber auch aus der Erklärung ersichtlich, daß dem Angeklagten keine hinreichende Gelegenheit zur Verteidigung gewährt worden ist. Etwas scherzhaft klingt die Bemerkung, daß Dr. Dullio nur dann berechtigt gewesen sei, eine Abschrift der Verfügung zu verlangen, wenn sie an ihn selbst statt an den Regierungspräsidenten gerichtet gewesen sei. Von an einen selbst gerichteten Verfügungen braucht man doch nicht erst eine Abschrift zu erbiten.

Sonderbar berührt auch die Nachsicht des Ministers des Innern, der einem Name gegenüber, der sich angeblich jahrelang als gefährlicher Aufwiegler bewiesen hatte, von der Einführung des Disciplinerverfahrens Abstand nahm, da er sich von einer privaten Charakter tragenden persönlichen Vorstellung des Regierung-

Präsidenten dessen Erfolg verspricht. Herr Dulso wäre dann ja ein aufrichtiger Oppositionsmann gewesen.

Und doch behauptet die Erklärung, daß Dulso ein so leidenschaftlicher Parteimann gewesen sei, daß er wesentlich zur Verschärfung der politischen Gegensätze beigetragen und sich deshalb für ein obrigkeitliches Amt nicht qualifiziert habe. Nun, die Wahl Dulso's, trotz der Minorität der Freisinnigen im Stadtverordneten-Kollegium und der wiederholte einstimmige Protest des Kollegiums gegen die Nichtbestätigung haben auch dies Argument bereits hinfällig einträufelt.

Der offizielle Beschwichtigungsvorschlag ist also völlig verunglückt.

Das Zuchtungsgefeß, das man in Sachen gegen die ländlichen Arbeiter zu schaffen gedenkt, hat natürlich den Beifall des Stimm-Organ's gefunden. Das Blatt schildert eindringlich den Schaden, den ein kontraktbrüchiger Arbeiter dem Privatbesitz, ja dem Nationalvermögen zufügt und schließt mit dem Satz: „Jedezeit wird die Gewissheit, für einen begangenen Kontraktbruch im Gefängnis büßen zu müssen, die vielfach vorhandene Zuchtlosigkeit unter den Landarbeitern einschränken und darauf kommt es an.“

Daß an der Landstadt und am Kontraktbuch lediglich die Zuchtlosigkeit der Landproletariat die Schuld trägt, beweist der gestern von uns abgedruckte ländliche Küchenzettel, beweist der Tagelohn von 80 Pfennig, der nach den amtlichen Festsetzungen des ortsbüchlichen Tagelohns vielfach in Ostelbien gezahlt wird. —

Diplomaten-Schwindel.

Auf der Haager Friedenskonferenz wurde die Frage behandelt, ob auch eine Bevölkerung, die gegen den ihr Land bedrohenden Feind die Waffen erhebt, als „kriegsführend“ im Sinne des Völkerrechts gelten solle. Angesichts des jetzigen schändlichen Verhaltens der Engländer im Balfourkrieg der Boeren ist es sehr interessant zu erörtern, wie sich bei der Beratung jener Frage die Vertreter der englischen Regierung äußerten.

Der Beratung lag die ältere, aber von den Mächten nicht ratifizierte Brüsseler Deklaration zu Grunde, die den Begriff „kriegsführend“ folgendermaßen gefaßt hatte:

„Die Gesetze, Rechte und Pflichten des Krieges gelten nicht allein für die Armeen, sondern auch für die Milizen und Freiwilligen corps, welche nachstehende Bedingungen erfüllen: 1. An ihrer Spitze eine für ihre Untergebenen verantwortliche Person haben; 2. ein festes und auch auf Entfernung erkennbares Erkennungszeichen haben; 3. die Waffen offen tragen und 4. sich in ihren Operationen nach den Gesetzen und Gebräuchen des Krieges richten. In den Ländern, wo die Milizen die Armeen oder einen Teil derselben bilden, sind dieselben begriffen unter der Bezeichnung „Armeen“ (Art. 9). Die Bevölkerung eines nicht besetzten Territoriums, welche beim Gerannahen des Feindes freiwillig die Waffen ergreift, ohne vorher Zeit gehabt zu haben, sich nach Art. 9 zu organisieren, wird als ein Bestandteil der Kriegsmacht betrachtet, wenn sie sich nach den Gesetzen und Gebräuchen des Krieges richtet (Art. 10).“

Gegen diese ihm noch zu eng erscheinende Umgrenzung des Begriffs „kriegsführend“ erhob nun der belgische Delegierte Vermaerck in der Haager Konferenz am 6. Juli 1899 lebhaften Widerspruch, indem er bemerkte, wenn man die Bevölkerung vom Kampfe ausschließe, laufe man geradezu Gefahr, den Patriotismus zu gefährden; die erste Pflicht des Bürgers sei, sein Vaterland zu verteidigen, und diese nationalen Erhebungen seien die großartigsten Blätter der Geschichte; auch auf der Brüsseler Konferenz habe man erklärt, daß das Recht eines Landes, sich zu verteidigen, ein absolutes, und daß dies nicht allein ein Recht sei, sondern eine Pflicht, ja eine gebieterische Pflicht.

In lebhaftester Weise trat der Schweizer Ränzli für die Vermaerck'sche Ansicht ein. Darauf beantragte der englische General Sir John Ardagh, selbstverständlich gemäß den Instruktionen der englischen Regierung, den Zusatz:

„Nichts in diesem Kapitel darf so aufgefaßt werden, als bezwecke es, das Recht zu schmälern oder zu beschränken, das der Bevölkerung eines vom Feind besetzten Landes zusteht, seine Pflichten zu erfüllen, dem Feind mit allen erlaubten Mitteln den energischsten patriotischen Widerstand entgegenzusetzen.“

Im Juli 1899 begehrte sich also England für ein weitgehendes Verteidigungsrecht jedes Landes; ein Jahr darauf behandelt dasselbe England die ihr Land nach allen Regeln des Kriegesrechts verteidigenden Boeren als Verbrecher und Mörder! Allerdings ziemt es deutschen Blättern am wenigsten, gegen die englische Regierung ob solchen Verhaltens Vorwürfe zu erheben. Denn Deutschland hat neben Rußland sich überhaupt gegen das Recht des Volkswarrieges erklärt und die Aufnahme sowohl der Brüsseler Deklaration als auch des englischen Zusatzartikels in die Haager Konferenzakte verhindert. —

Ausland.

Kapitalistische Entwicklung.

Brüssel, 25. August. Wie ein Musterbeispiel zur Veranschaulichung der Lehren des Sozialismus über die kapitalistische Entwicklung liegt sich an vielen Stellen eine statistische Studie der „Nouvelle Travail“ über die Entwicklung der belgischen Industrie in den letzten fünfzig Jahren. Es seien daraus hier einige Mitteilungen wiedergegeben. Im Jahre 1846 bestanden in Belgien 160 000 gewerbliche oder industrielle Unternehmungen. Diese Zahl war bis 1898 um die Hälfte gewachsen. In derselben Zeit hat sich jedoch die Zahl der von jenen Unternehmungen beschäftigten Arbeiter von 200 000 auf 700 000 vermehrt. In noch stärkerem Maße ist die Anwendung der maschinellen Kräfte gestiegen. 1846 beschäftigte die belgische Industrie Dampfmaschinen von zusammen 40 000 Pferdekraften. Fünfzig Jahre später hatte sich die Zahl mehr als verzehnfacht und betrug 430 000!

Die Arbeiterbevölkerung betrug vor 50 Jahren 600 000 Menschen, 1896 aber 1 100 000, sie hatte sich also beinahe verdoppelt. Die gesamte Bevölkerung ist dagegen nur von 4 387 000 auf 6 496 000 gestiegen, hat also nur um die Hälfte zugenommen.

Auffällig ist das verhältnismäßige Zurückgehen der Zahl der in Fabriken und Werkstätten arbeitenden Frauen. Von den 800 000 Arbeitern der Jahre 1846 waren 70 000 Frauen; danach kam auf je 3,3 Männer eine Frau. 1896 zählte man auf 700 000 Arbeiter nur noch 115 000 Frauen, wonach das Verhältnis der Frauen wie 1:5 stellt. Es wird das wohl darauf zurückzuführen sein, daß die belgische Industrie sich immer entschiedener auf die Seite des Kohlenbergbaus, des Maschinenbaus und dergleichen wendet. —

Ostreich-Ungarn.

Zur Ausweisung österreichischer Staatsangehöriger aus Transvaal wird aus Wien gemeldet:

Nach von der „Polit. Korresp.“ eingehenden Informationen bilden die gestern hier eingetroffenen aus Transvaal ausgewiesenen österreichischen Staatsangehörigen nur einen kleinen Bruchteil der gegenwärtig der Regierung von Johannesburg ausgewiesenen Fremden verschiedener Nationalität. Diese Maßregel findet in militärischen Bedürfnissen ihre Begründung. Das Ministerium des Auswärtigen habe, sobald es von der Regierung Kenntnis erhalten, über den Sachverhalt sofort zuständige Orts-Entscheidungen eingeholt, deren Ergebnis zunächst abzuwarten sei. Es sei nicht zu zweifeln, daß das gleichzeitig gestellte Verlangen wegen Nachsendung der von den ausgewiesenen in Transvaal zurückgelassenen Habe die vollste Berücksichtigung finden werde.

Italien.

In den Irren getrieben wurde, wie man aus Rom meldet, Pietro Acciaro, der wegen eines Mordversuchs auf König Humbert zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt worden war. Er ist nunmehr ins Irrenhaus übergeführt worden. Sein Gedächtnis

gab schon seit längerer Zeit zu der Vermutung Anlaß, daß er geistig nicht mehr völlig intakt sei. In öffentlicher Gerichtsverhandlung wurde seinerzeit festgestellt, daß man ihn durch furchtbare seelische Martern, denen er durch die Gefängnisbeamten unterworfen wurde, in den Irren getrieben hatte. —

Rußland.

Ein unerhörtes Unrecht wird der „Köln. Zig.“ aus Warschau gemeldet: Vier Kavalleristen aus Petritou sind wegen sozialistischer Agitation durch das Kriegsgericht zum Tode durch den Strang verurteilt worden. Das Urteil wäre von einer so beifälligen Gesamtmeintung, daß wir es selbst in Rußland einstweilen für unmöglich halten. —

Rumänien.

Ueber den rumänisch-bulgarischen Konflikt bringt das Wiener „Freundenblatt“ anlässlich des bevorstehenden Besuchs des Königs von Rumänien in Wien einen Artikel, in dem es schreibt: Rumänien sei einer der festen Punkte der internationalen Politik und ein stabiles Element innerhalb des europäischen Staatenkreises geworden. Unter diesen Umständen könne man die augenblickliche Differenz zwischen Rumänien und Bulgarien ohne Besorgnis betrachten. Man gewinne vielmehr den Eindruck, daß auf beiden Seiten der Wunsch vorherrsche, die Angelegenheit beizulegen und daß der Weg, den die Presse einschlägt, den herrschenden Dispositionen nicht entspreche. Man werde auch in Sofia erkennen, daß Rumänien die Fortdauer der bulgarisch-macedonischen Agitation, welche mit Dolch und Revolver arbeite, nicht hinnehmen könne und deshalb bald den gerechten Forderungen der rumänischen Regierung Rechnung tragen. Man könne aber auch hoffen, daß Rumänien mit möglichster Mäßigkeit handeln werde. —

Die „Agence Roumaine“ erklärt die Nachricht von Grenzkonflikten zwischen rumänischen und bulgarischen Truppen für falsch. Ebenso bezeichnet dieselbe die Meldung von einer Beleidigung der rumänischen Fahne in Russland und die Behauptung, daß die rumänische Armee Mobilisierungsbefehl erhalten habe, für unrichtig. —

Bulgarien.

Ministerkrise. Sofia, 28. August. Infolge ernster Differenzen mit dem Minister des Innern Radoslawow beabsichtigt der Kriegsminister Paprikow zu demissionieren. —

Afrika.

Vom Boerenkrieg. Eine Schlacht ist seit Sonnabend im Gange zwischen General Botha und Lord Roberts und seinen Unteroffizieren. Noch ist der Würfel nicht gefallen, trotzdem seit drei Tagen heiß gerungen wird. Daß der Sieg schließlich auf die Seite der Engländer neigen wird, ist bei der riesigen Uebermacht der Engländer trotz des unglücklichen Terrains wohl anzunehmen. Für unrichtig halten wir indes die englische Auffassung, daß Botha alles auf diese letzte Karte gesetzt habe und nach einer Niederlage auf ferneren Widerstand verzichten werde. Denn wenn Botha schließlich auch den Engländern weichen muß, so wird es möglich sein, an einer anderen Stelle den Engländern von neuem den Kampf anzubieten.

Ueberraschend ist es freilich, daß Botha sich dazu entschlossen hat, den Engländern noch eine Schlacht großen Stils zu liefern, statt sich gleich De Wet auf den Kleinkrieg zu beschränken. —

Doch scheint dieser Umstand mehr für die ungebrochene Energie, wie für ein Verzweifeln der Boeren zu sprechen.

Ueber die dreitägigen Kämpfe liegen folgende Telegramme vor:

London, 28. August. Lord Roberts telegraphiert aus Belfast vom 27. August, abends: Unre Bewegungen vollziehen sich notwendigweise langsam wegen der großen Ausdehnung der Befestigungslinien und der Schwierigkeit, welche das Gelände bietet, auf dem wir operieren. Aber heute machten wir befriedigende Fortschritte. Unsere Truppen nahmen Vergandahl ein, eine sehr starke Position ungefähr zwei Meilen nordwestlich von Palmantso. Ich verließ Buller bei Vergandahl. Ich hoffe, daß unsere Verluste nicht über fünfzig oder sechzig Mann betragen werden. Der Verlust ist aber geringer als bestrachtet wurde, weil der Anmarsch gegen die Position durch ein offenes Feld von 2000—3000 Yards zu erfolgen hatte und der Feind sich entschlossen schlug. Es fielen sehr viele Boeren, einige, die sich auf einem felsigen Hügel befanden, durch Artilleriegeschosse. Eine Mitrailleuse wurde erbeutet. Es war eine schöne Leistung unserer Truppen. Buller führte seine Truppen sehr geschickt und das Zusammenwirken von Artillerie- und Infanteriefeuer war äußerst wirkungsvoll. Auf unserer linken Flanke ging French bis zu den Schwarzlopfen an der Straße nach Lydenburg vor und machte Bahn für den vorrückenden Vormarsch der Division Pole Carew. Ruddle meldet, daß bei Brandwater gestern während eines Erkundigungsritzes ein Offizier gefallen und einer verwundet worden ist. Ein Boer fiel, 17 wurden gefangen genommen und 700 Stück Rindvieh erbeutet. Vaden-Powell meldet, daß er gegen den Norden von Warmbad vorgestoßen und Kuhlstrom ohne Widerstand besetzt habe. Das Gelände, in dem er und Poget operieren, sei dichtes Buschfeld, und da es für jetzt nicht wünschenswert sei, weiter nordwärts vorzuziehen, lehrten ihre Truppen nach Pretoria zurück.

Lord Roberts meldet, daß die Verluste in dem Gefecht am letzten Sonntag sich auf 5 Tote und 38 Verwundete beziffern. Buller's Truppen lagerten sich nach Einbruch der Dunkelheit da, wo sie sich gerade befanden.

Den Abendblättern wird aus Pretoria von gestern gemeldet: Dem Unternehmen nach ist der Kampf gegen Botha heute früh wieder aufgenommen worden und hat damit geendet, daß die Linien des Feindes durchbrochen wurden und der Feind sich zurückzog. Die englischen Verluste sollen beträchtlich sein.

Eine Meldung von Roberts selbst, daß die Boeren zurückgeworfen seien, ist also noch nicht eingetroffen. Auch liegen auffallenderweise noch keine Verlustlisten über den schweren und vermutlich für die Engländer verlustreichen Kampf am Sonnabend vor. Daß der Kampf am Montag hauptsächlich nur 50—60 Mann gelostet hat, wie Roberts annimmt, ist unwahrscheinlich.

Ueber De Wet liegt noch folgendes Telegramm vor:

Das Deutsche Bureau meldet aus Majera vom 27. August: Drei kleine Boerenkommandos zeigten sich in der Nähe von Senelal und Beislegem. —

Zur Organisationsfrage.

Aus dem Parteisekretariat wird uns geschrieben:

In der Nummer vom letzten Sonnabend der „Frankfurter Tagespost“ befindet sich ein Artikel, der sich mit der Tagesordnung unseres Parteitag's in Mainz beschäftigt.

In diesem Artikel heißt es u. a.:

„Sehr lebhaftes Debattieren wird die Verhandlung des neuen Organisationsstatuts hervorgerufen. Wir bedauern lebhaft, daß nicht bei jener Veröffentlichung Parteivorstand oder „Vorwärts“ die Genossen aufgeklärt haben, warum die einzelnen Punkte des alten Organisationsstatuts geändert werden müssen und sollen.“

Da der Wunsch, daß dem Organisationsentwurf Erläuterungen beigegeben werden, wiederholt, auch in Versammlungen, laut geworden ist, so sei darauf hingewiesen, daß bereits in der Nummer vom 10. August der „Sächsischen Arb.-Ztg.“ ein Artikel: „Der neue Organisationsentwurf“ veröffentlicht worden ist, der ersichtlich von unrichtiger Seite herkam und in der, in zwar knapper aber durchaus genügender Weise, die Gründe darlegt, die die Redaktionskommission zu den getroffenen Änderungen und neuen Vorschlägen veranlaßte.

Leider ist dieser Artikel von der gesamten Parteipresse — auch von den Blättern, die sich jetzt über das Ausbleiben von Erläuterungen beklagen — ignoriert worden. Letzteres erklärt sich wohl aus der Aufregung, welche gerade in jenen Tagen in der Partei durch den plötzlichen Tod Liebknecht's hervorgerufen wurde. Wir

weisen deshalb noch einmal auf den citierten Artikel des Dresdener Parteiblatts hin.

Dabei sei bemerkt, daß der Artikel natürlich nur die Gründe angibt, die die Kommission bei ihren Beschlüssen leiteten. Ob der Parteitag diese Gründe billigen oder verwerfen wird, steht auf einem andern Blatt. Von den Mitgliedern der Kommission giebt sich sicher keines dem Glauben hin, ein unfehlbares Werk geschaffen zu haben.

Die bis jetzt laut gewordenen kritischen Stimmen zeugen aber auch nicht immer für ein einbringendes Studium der Materie. So haben, wie die Blätter berichten, die Stuttgarter Parteigenossen in ihrer letzten Versammlung beschloffen, daß der § 1 des Entwurfs, der von der Parteimitgliedschaft handelt, zu verwerfen sei. Der neue Paragraph verlangt bekanntlich, daß zur Parteizugehörigkeit erforderlich sei, daß man die Partei dauernd auch durch Geldmittel unterstütze, während in der alten Organisation nur von einer Unterstützung nach Kräften die Rede ist.

Das neue Statut spricht also nur offen aus, was mit andern Worten auch in unserm jetzigen Statut schon drin steht. Von einem bestimmt normierten Parteibeitrag sieht aber auch der neue Paragraph ab. Wer also einem Parteiverein angehört und dort seinen Beitrag leistet, wer — wo solche verbreitet werden — regelmäßig Parteimarke kauft, wer auf Listen, die für Parteigenossen circulieren, Beiträge zeichnet usw., der unterstützt die Partei „dauernd durch Geldmittel“ und ist im Sinne des neuen § 1 als zur Partei gehörig zu betrachten.

Und dieser doch gewiß so liberal wie nur möglich gehaltenen Bestimmung gegenüber beantragen die Stuttgarter Genossen, und anderwärts ist das gleiche geschehen, die Ablehnung. Das thun dieselben Stuttgarter Genossen, die als größte und maßgebende Mitgliedschaft der „Organisation der Sozialdemokraten Württembergs“ folgenden § 11 in dem Statut ihrer Landesorganisation haben:

Beiträge.

§ 11. Pro Monat und Mitglied haben die Mitgliedschaften 10 Pf. an den Vorstand abzuliefern. Bei außerordentlichen Verhältnissen können Mitgliedschaften vorübergehend ganz oder teilweise von den Beiträgen entbunden werden. Die Entscheidung trifft der Vorstand.“

Die württembergische Landesorganisation geht also viel weiter als der neue Paragraph 1. Was aber für Württemberg gilt, gilt für die gesamte Partei. Ueberall, wo Parteivereine oder ähnliche Verbindungen existieren, werden in diesen mehr oder minder hohe Beiträge erhoben. Wer aber solche zahlt, der unterstützt eben die Partei „dauernd durch Geldmittel“.

Daß die Geldmittel direkt an die Centralkasse bezahlt werden müssen, ist in dem neuen Entwurf mit keinem Worte verlangt. Die Partei kann aber ohne die Cyberwilligkeit der Genossen nicht bestehen und ihren Aufgaben nicht gerecht werden. Dies offen auszusprechen, darum ist der Paragraph 1 geändert worden.

Partei-Nachrichten.

Die Kreis-Konferenz des Kreises Delitzsch-Bitterfeld überließ es dem Delegierten, in der Frage der Landtagswahlen nach bestem Wissen und Gewissen zu stimmen. Der Gewählte, Genosse Wehmann, erklärte, daß er für die Beteiligung sei.

Eine Kreis-Konferenz für den Wahlkreis **Reichenbach-Neurode** beschloß am Sonntag mit allen gegen 4 Stimmen einen Antrag für den Parteitag, der allgemeine und selbständige Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen will.

Eine Parteiverammlung für den 20. sächsischen Reichstags-Wahlkreis, die in Weiden tagte und sich mit dem Parteitage beschäftigte, erklärte sich gegen die Beteiligung an den sächsischen Landtagswahlen.

Politikalisches, Gerichtliches u. s. w.

— **Wegen Beleidigung** des Redacteurs der Lausitzer „Neuesten Nachrichten“, die kürzlich selbst wegen Beleidigung der Behörde beschlagnahmt wurden, wurde Genosse Reichstags-Abgeordneter Fischer vom Schöffengericht zu Jittau zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. Das Verbrechen soll in einem Artikel in dem von Fischer redigierten „Amen Teufel“ begangen worden sein. — Vor kurzem erst wurde unser Genosse ebenfalls zu 300 M. verdonnert. Demals soll der „Amen Teufel“ einen Fabrikantenohn geärgert haben.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Militäreflekten-Sattler nimmt für die Arbeiter, wie in der hiesigen Versammlung am Montag im Gewerkschaftshaus berichtet werden konnte, einen günstigen Verlauf. Unter den Ausständigen herrscht Einmütigkeit und eine überaus richtige Stimmung. Abtrünnige sind bis jetzt und vorwiegend auch in der Zukunft nicht zu verzeichnen, da sich auch die ältesten, viele Jahre bei ein und derselben Firma beschäftigten Arbeiter der Bewegung angeschlossen haben. Die Verhandlungen der Unternehmer, Arbeitskräfte von auswärts heranzuziehen, waren bisher ohne Erfolg; ebenso wenig dürfte es ihnen gelingen, die Arbeiter in anderen Werkstätten fertigstellen zu lassen. Um die Fertigstellung der Streikarbeit auch in der Provinz zu verhüten, hat die Streikleitung für die notwendige Aufklärung Sorge getragen. In den in Betracht kommenden Städten haben Versammlungen und Besprechungen stattgefunden, in denen die Beauftragten gut aufgenommen und den Ausständigen die moralische und finanzielle Unterstützung zugesichert wurde. Von anderen Gewerkschaften sind den Ausständigen teilweise erhebliche Summen bewilligt und weitere in Aussicht gestellt worden, so daß der Streik auch finanziell noch für längere Zeit gesichert ist.

Von den ca. 480 an dem Streik Beteiligten sind 60 zu den geforderten Bedingungen oder in Privat-Sattlerwerkstätten in Arbeit gebracht worden und ein Teil ist abgereist.

Bisher haben die Unternehmer noch keinerlei Entgegenkommen gezeigt, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß schon in nächster Zeit Verhandlungen angebahnt werden. Falls es dazu kommt, so würden die Arbeiter bereit sein, in Verhandlungen einzutreten, aber eine Herabsetzung der aufgestellten äußerst minimalen Forderungen ist allgemein ablehnen. In bürgerlichen Blättern wird von Fabrikanten berichtet, daß Löhne von 12—15 M. eine Seltenheit bilden und vielfach wöchentlich 38 und 40 M. verdient werden. Abgesehen davon, daß die Unternehmer schon immer zugegeben haben, daß die Löhne der Militäreflekten-Sattler überaus minimale sind, wäre es ja der pure Unfuss, um 45 Pf. Stundenlohn zu streiken, wenn schon allgemein höhere Löhne bezahlt würden. Allerdings sind Löhne von der angegebenen Höhe zu verzeichnen; die betreffenden Unternehmer haben aber „vergessen“ ihrer Erklärung hinzuzufügen, daß es sich hier um Heimarbeiter handelt, die nicht nur die halben Löhne vielmals durcharbeiten, sondern auch Frau und Kinder zu der Arbeit heranziehen, oder selbst einen Gesellen beschäftigen. Der Lohn der Werkstättenarbeiter beträgt tatsächlich nur, wie auch in dieser Versammlung konstatiert werden mußte, meistens 12—15 M. wöchentlich und sogar darunter, und ein Durchschnittsverdienst von 1000 M. pro Jahr wird nur von dem kleineren Teil der Militäreflekten-Sattler erzielt, da ja auch noch mit mehreren Wochen Arbeitslosigkeit gerechnet werden muß. Die Unternehmer haben bisher bei den Submissionen namentlich auf eine immer intensiver werdende Ausbeutung der Arbeiter spekuliert und es war wirklich hohe Zeit, daß sich die Arbeiter endlich einmal aufrufen, um dagegen Front zu machen. Die Durchführung ihrer völlig berechtigten Forderungen wird ihnen gewiß gelingen, wenn sie so wie bisher weiter einmütig zusammenhalten, zumal ihnen die Sympathie, insbesondere aller organisierten Arbeiter, die in der moralischen und finanziellen Unterstützung ihrer besten Ausdruck findet, gesichert ist.

Der Kommission der Tabakarbeiter Berlin ging seitens der Verbandsleitung von Bremen folgende Nachricht zu:

Teilen Euch hierdurch mit, daß der Finsterwälder Streik, wenn auch nicht durch große Erfolge, so doch durch kleine Anzeichen der Fabrikanten in gemeinschaftlicher Sitzung zum Abschluß gekommen ist. Die Fabrikanten sowohl wie die Arbeiter haben beiderseits in ihren respektiven Versammlungen durch Beschluß diesen Abmachungen zugestimmt.

Im Anschluß hieran erlaube ich mir alle, welche noch Sammellisten von uns in Händen haben, uns solche nebst den hierauf gezeichneten Beträgen schleunigst zuzusenden zu wollen, damit die Unterzeichneter in der Lage ist, ihren übernommenen Verpflichtungen voll und ganz nachkommen und Rechnung legen zu können.

Kommission der Tabakarbeiter Berlins.
Karl Vutry, Strolchenderstraße 41, III.

Deutsches Reich.

Von der Aussperrung der Werftarbeiter. In einer Versammlung der Schiffszimmerer in Hamburg wurde mitgeteilt, daß noch fortwährend Schiffszimmerer gemahregelt würden; ihre genaue Zahl ließe sich zur Zeit nicht feststellen. Es wurde beschlossen, daß überall, wo Schiffszimmerer gemahregelt werden, sich die übrigen mit ihnen solidarisch zu erklären haben. Beschlossen wurde ferner, auch die Unorganisierten, soweit sie mit den übrigen Kollegen solidarisch handeln, zu unterstützen.

Die Maurer Danzigs erreichten in ihrem, wie bereits gemeldet, streng bedingten Streik die zehntägige Arbeitszeit; des Sonntags ist ohne Lohnabzug eine Stunde früher Feierabend. Der Lohn für einen arbeitsfähigen Gesellen beträgt 45 Pf. die Stunde, vor dem Streik war kein fester Lohnsatz vorhanden, der Höchstlohn betrug 42 Pf. bis auf einige Ausnahmen, es bestanden elf Lohnklassen am Orte; auch darf der Stundenlohn während der Wintermonate nicht gekürzt werden. Für Ueberstunden, Nacht- und Wasserarbeit wird ein Lohnzuschlag von 10 Pf. die Stunde gezahlt. Damit ist die Grundlage für feste Lohn- und Arbeitsbedingungen der Maurer Danzigs geschaffen und wird die Zahlstelle der Maurer Danzigs hiermit ein fester Stützpunkt in West- und Ostpreußen für die Organisation werden.

Zur Aussperrung der Konfektionschreiber und Schneiderinnen in München. Der Verband der Münchener Kleiderfabrikanten hat jedem einzelnen ausgesperrten Arbeiter ein autographiertes Schreiben zugestellt, worin bekannt gegeben wird, daß die Aussperrung zurückgenommen wird, sobald bei der Firma Sappel (wo bekanntlich die Arbeit niedergelegt wurde) ein größerer Teil der Arbeiter die Arbeit wieder aufnimmt. Zum Schluß werden die „Arbeitswilligen“ — wie es in dem Schreiben wörtlich heißt — höflichst erucht, sich schriftlich oder mündlich innerhalb drei Tagen bei ihren Arbeitgebern zu melden. Der Termin ist nunmehr abgelaufen und die Hoffnung der Herren Konfektionschreiber, daß die Arbeiter bei der Firma Sappel zur Arbeit zurückkehren oder die ausgesperrten bedingungslos wieder Arbeit in Empfang nehmen würden, ist ins Wasser gefallen. — Nunmehr hat die Streik-Kontrollkommission des Gewerkschaftsvereins sich bereit erklärt, eine Verständigung zwischen dem Ring und den ausgesperrten herbeizuführen. Der Arbeitgeberverband wies eine derartige Unterhandlung brüsk zurück und erklärte gleichzeitig, daß er auch in Zukunft nicht mehr mit der Lohnkommission, sondern nur mit den Arbeitern aus den einzelnen Geschäften unterhandeln will. — Zugunsten von Schneidern und Schneiderinnen nach München ist fernzuhalten.

Ausland.

Ein Streik sämtlicher Eisenbahner Englands soll nach Meldungen der Telegraphenbureaus beabsichtigt sein, falls die Gesellschaften die geforderten Lohnhöhungen nicht bewilligen.

Marzelle, 27. August. In einer in der Arbeiterbörse stattgefundenen Versammlung der Delegierten der Arbeitgeber und der Delegierten der ausländischen Hafenarbeiter wurde ein Uebereinkommen erzielt, nach welchem der Streik beendet und die Arbeit morgen wieder aufgenommen wird.

Sociales.

Die Krise in der Textilindustrie. Unser in Greiz erscheinendes Parteiblatt, die „Reichische Volkszeitung“, hat eine Untersuchung über die Geschäftslage in den Webereien von Greiz und Umgebung angestellt. Dabei stellt sich die erschreckende Tatsache heraus, daß von 11 829 vorhandenen Webstühlen 6022, das ist über die Hälfte, still stehen. Die dortigen Arbeiter sehen einem traurigen Winter entgegen.

Aus der Frauenbewegung.

In der Versammlung des Vereins „Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse“ am 28. August sprach H. Ströbel über „Dichtung und Proletariat“. Nicht den Modestücken von heute, deren unreihe Fäulnis auf ein Publikum blasierter und weicher Jugend berechnet ist, und welche das Volk nicht zu lernen braucht, sondern den ewigen und unergänzlichen Geistesgaben, welche das Leben mit reichem und schönerem Inhalt erfüllen, galt die Rede. Sie suchte zunächst den Ursprung der Dichtung in der grauen Vorzeit auf, um nach einem Ueberblick über das Wesen der Dichtung, wie ihrer Entwicklungsformen auf die Bedeutung der Dichtung für das Proletariat zu kommen.

Fragen wir, so führte der Redner aus, warum soll das Proletariat sich mit der Poesie befassen, so gilt die Antwort: Weil sie die Quelle des reinsten Lebensgenusses ist, der zugleich erhebt und veredelt, indem er die höchsten Freuden spendet. Die beste Dichtung ist auch immer allgemein verständlich gewesen, weil sie an das Große und Wahre im Menschen sich wendet.

Zum wahren Genuß der dichterischen Gaben gehört aber nicht nur Verständnis, sondern Ruhe und Ruhe, auch die Sorglosigkeit, welche uns gestattet, uns in fremdes Geistesleben in ruhiger Anschauung zu vertiefen. Und daran fehlt es dem Arbeiter vor allen Dingen.

Auch hier zeigt es sich klar, daß die soziale Frage eine Kulturfrage ersten Ranges ist, nicht allein eine Wagenfrage. Nicht nur die Kraft der Hände soll das Proletariat für immer nützen und üben, auch die Kraft seines Geistes muß sich frei entfalten können, um das ganze Volk auf die höhere Lebensstufe zu stellen, die uns die Dichtung antwortet.

Dem sehr beifällig aufgenommenen Vortrag folgten einige geschäftliche Mitteilungen. Die nächste Versammlung findet den 10. September in den Kaminhallen statt; am 8. Oktober wird eine Versammlung im Weddingpark abgehalten, worauf die Mitglieder aus dem Norden besonders aufmerksam gemacht werden.

Versammlungen.

Die Hausdiener und Packer waren am Montag sehr zahlreich in den Kaminhallen versammelt. Zunächst wurde ein Vorkommnis bei der Firma Jandorf u. Co. besprochen. Nach den Darstellungen des Referenten Klein handelt es sich um folgendes: Während des Streiks der Kohlenarbeiter erhielt die Firma Jandorf von ihrem Kohlenlieferanten eine Ladung Kohlen. Da bei dem Kohlenhändler gestreikt wurde, so standen ihm keine Arbeiter zum Abladen der Kohlen zur Verfügung. Der Inspektor von Jandorf verlangte nun, daß einige Jandorfsche Hausdiener die Kohlen abladen sollten. Da diese Arbeit nicht zu den Obliegenheiten der Hausdiener gehört, insbesondere aber, da es sich in diesem Fall um Streikbrecherdienste handelte, so weigerten sich vier organisierte Hausdiener, die Arbeit der streikenden Kohlenarbeiter zu verrichten. Einige andre Hausdiener, die weniger Solidaritätsgefühl besaßen, luden die Kohlen ab. Die vier Organisierten, die diese Arbeit verweigert hatten, wurden entlassen. Nun trat man seitens des Verbands der Hausdiener mit dem Vertreter der Firma Jandorf in Unterhandlung und erreichte auch, daß die Gemahregelten wieder eingestellt wurden. Aber bald darauf verlangte der

Vertreter der Firma, daß die Wiedereingestellten die Erklärung abgaben, sie seien bereit, auch während des Kohlenarbeiterstreiks Kohlen abzuladen. Durch diese Erklärung solle nur das Geschäftsprinzip der Firma gewahrt werden. Die betreffenden Hausdiener verweigerten die Abgabe einer solchen Erklärung, und nun wurden sie wieder entlassen. — Der Referent betonte, daß er als Vertreter der Organisation alles versucht habe, um diesen Konflikt gütlich beizulegen, aber diese Bemühungen seien gescheitert an dem Verhalten des Vertreters der Firma Jandorf. — Nach lebhafter Diskussion, in der die Firma Jandorf scharf verurteilt wurde, nahm die Versammlung eine Resolution an, welche gegen die Entlassung der vier Hausdiener protestiert, deren Wiedereinstellung fordert, und weiter besagt, daß am nächsten Montag wieder eine Versammlung stattfinden soll, die, falls der Konflikt bis dahin nicht beigelegt ist, das Weitere zu veranlassen hat. Eventuell soll die Berliner Arbeitererschaft ersucht werden, die Firma Jandorf zu boykottieren.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete die Besprechung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hausdiener in der Möbelfabrik von J. T. Pfaff. Die Steinidee mittelste, sind in dem genannten Geschäft 60 Hausdiener — davon 40 organisierte — beschäftigt, die bei täglich elfstündiger Arbeitszeit einen Wochenlohn von nicht ganz 18 Mark erhalten. Die Hausdiener haben die Forderung gestellt, die Firma möge ihnen eine zehntägige Arbeitszeit und 21 M. Lohn gewähren. Das lehnte der Direktor ab, und als die Vertreter der Organisation sich bemühten, mit ihm zu unterhandeln, wies er dieselben scharf zurück. Bald darauf sind auch 14 der organisierten Hausdiener entlassen worden. Bei dieser Gelegenheit soll der Direktor gesagt haben: Jeder Hausdiener, der dem Verande angehört, müsse aus dem Betriebe entfernt werden. Darauf legten weitere 12 von den organisierten Hausdienern die Arbeit nieder. Die Stellen sind durch indifferenten Leute besetzt worden. — Zu dieser Angelegenheit wurde eine Resolution angenommen, worin die Versammlung die Handlungsweise des Direktors entschieden verurteilt und die Erwartung ausdrückt, daß sich die Kollegen der Firma Pfaff von ihrer Organisationspflicht nicht zurückziehen lassen, sowie daß die gelehrten Arbeiter der Firma es ablehnen, mit unorganisierten Hausdienern zusammen zu arbeiten.

Mit der Lohnbewegung der Buchdrucker beschäftigte sich am Montag eine Versammlung der Zahlstelle Berlin IV des Verbands der Bau-, Erb- und gewerkschaftlichen Hilfsarbeiter. Wie mitgeteilt wurde, handelt es sich um die allgemeine Durchführung des schon im September 1899 anerkannten Lohntarifs, der verabschiedet nicht beachtet wurde. Die Versammlung nahm die einzelnen Punkte des Tarifs noch einmal durch, um festzustellen, ob er den Zeitverhältnissen entspricht. Nach längerer Debatte wurde er gutgeheißen. Die Bestimmung, die die Arbeitszeit regelt, erhielt insbesondere den Zusatz: „Des Sonntags endet die Arbeitszeit um 5 Uhr und an den Tagen vor den großen Feiertagen um 4 Uhr, ohne daß Lohnkürzungen stattfinden.“ Folgende Resolution fand einstimmig Annahme:

Die organisierten Buchdrucker Berlins und Umgebung beauftragen die Lohnkommission, den am 11. September 1899 beschlossenen Lohnsatz dem Unternehmerbund zur Anerkennung vorzulegen. Gleichzeitig verpflichten sich die Verammelten, den Tarif, falls der Unternehmerbund die Anerkennung verweigert, mit allen Nachmitteln der Organisation zur Durchführung zu bringen. Der in einer kombinierten Vorstandssitzung beschlossenen Einsetzung einer Arbeitskontrollkommission, bestehend aus den Kollegen Siering, Sauer und Oehlschläger, stimmt die Versammlung ebenfalls zu. Nach Mitteilungen Sauer ist es Aufgabe der Kommission, die Kollegen selber hinsichtlich der Beachtung des Tarifs zu kontrollieren. Die Kommission habe von Zeit zu Zeit die Parteideputierten zusammenzuberufen und eventuell zu den Sitzungen Kollegen einzuladen, die die Beschlüsse der Organisation nicht beachteten. Vor allem müsse auch darauf geachtet werden, daß überall Parteideputierte vorhanden seien. Selbst wo nur 2 Kollegen auf einem Bau wären, sei der eine zum Parteideputierten zu bestimmen, und zwar auch dann, wenn einer von ihnen für die Maurer oder die Töpfer trage. Auch die Beschwerden der Kollegen gegenüber seien der Kommission zu unterbreiten, damit nicht die Verhandlungen unnütz befähigt würden. Zum Schluß erledigte man noch einige Vereinsangelegenheiten.

Die Bauhändler hatten sich am Montagabend bei Cohn, Deuthstraße, zu einer Versammlung eingeladen, um zu dem neu ausgearbeiteten Maschinenarif der Meister Stellung zu nehmen. Der Maschinenarif der Meister ist für die Arbeiter etwas ungünstiger als der jetzt bestehende. Der Referent betonte, daß der Tarif in der Form, wie er vorgelegt, den Arbeitern kaum annehmbar sei, er empfahl, mit den Unternehmern zu unterhandeln. Der jetzt bestehende Tarif werde nicht allgemein befolgt, sondern in den verschiedenen Stadtvierteln existierten auch verschiedene Tarife. Wenn man einen wirklichen Einheitsarif für Berlin schaffen wolle, so werde man auch schließlich mit in Kauf nehmen müssen, daß in einzelnen Werkstätten ein etwas ungünstigerer Maschinenarif eingeführt werde. Die meisten Diskussionsredner machten der Ortsverwaltung und der Schlichter-Kommission Vorwürfe wegen ihres Verhaltens. Sie forderten Ablehnung jeder Unterhandlung mit dem Unternehmertum, weil nach ihrer Ansicht durch diese Unterhandlungen die Arbeiter nur hinzugezogen werden sollen bis zu dem Zeitpunkt, an welchem die günstige Konjunktur umgeschlagen ist. Mehrere Mitglieder der Schlichter-Kommission verteidigten diese Institution, sie habe zum sozialen Frieden im Tischlergewerbe schon sehr viel beigetragen. Künftig liesse Vorwürfe und nach Ansicht der Kommission unredliche, zu erheben, sollten sich die Kollegen in den einzelnen Werkstätten bei Uebergriffen der Unternehmer und bei Mißständen immer an die Kommission wenden, denn werde auch Remede geschaffen. Zum Schluß wurde mit Majorität beschlossen, an dem von den Gehilfen ausgearbeiteten Tarif festzuhalten und mit den Meistern nicht in Unterhandlung zu treten.

Die Arbeiter der Weltfirma Siemens u. Halske hielten am Donnerstagabend in Peters Gesellschaftshaus, Moabit, eine sehr stark besuchte Versammlung ab. Es kamen eine Reihe von Mißständen zur Sprache, die einer Weltfirma, an deren Spitze der Generaldirektor Dr. Söbifer steht, recht abel anstehen. Der Referent Friedr. Schlegel führte ungefähr folgendes aus: „Angefaßt der vielen Anzeigen, welche die Firma S. u. H. auf der Pariser Ausstellung erzielte, ist es auch an der Zeit, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß die Lage der Arbeiter leider nicht eine derartig gute ist, daß die Weltfirma stolz darauf sein kann. Die Umwandlung der Firma in eine Aktiengesellschaft führte Zustände herbei, die namentlich den Kollegen die Augen öffnen mußten, die früher einmal auf eine Lebensstellung gerechnet hatten. Hierzu gehört die Einführung der Sektionen, sowie die Einführung der Frauen- und Mädchenarbeit zur Lohnbildung; 20 bis 50 Proz. Accordabmachungen sind an der Tagesordnung. Im Geschäftsbericht weist die Firma darauf hin, daß infolge der Preissteigerung der Rohmaterialien notwendigerweise auch die Preise für die fertigen Produkte gestiegen sind. Es wird aber hinzugefügt: „Der Ersparnis durch bessere Ausnützung des Rohmaterials diesem entgegenzuarbeiten. In Wirklichkeit jedoch ist die Firma in Lohnabzügen viel mehr erfinderisch. Den Beweis haben wir in der Abteilung XI und in der Abteilung X. Beim Meister Note sind 60 Pf. pro Stunde schwer zu verdienen. Arbeiten, für die gelehrte Arbeiter 1.50 M. erhielten, sollen ungelernete Arbeiter für 60—70 Pf. herstellen; dergleichen giebt es für andre Arbeit gegen früher nur die Hälfte Lohn. Anstatt durch technische Einführungen die Produktion zu erhöhen, wird stets nur der Lohn der Arbeiter gedrückt. Wenn es dabei auch einmal vorkommt, daß die Arbeit zurückkommt, und für ungefähr 15 000 M. Schäden dadurch zuzieht, so ist das vielleicht auch eine technische Errungenschaft. Zum Ueberflus besteht auch hier eine sogenannte Strofanstalt, die Abteilung „Kamp“. Wer bis dorthin angelangt ist, — hat es erreicht! (Lauter Beifall und lebhaftes Zurufen.) Die Wacht-Einrichtungen sind an vielen Stellen längst nicht ausreichend. In der 18. Abteilung wird geradezu leichtfertig mit der Gesundheit

der Arbeiter umgegangen. Obwohl heller Platz zur Genüge vorhanden ist, stehen die Drehbänke so dunkel, daß den ganzen Tag über bei Licht gearbeitet werden muß. Polizeiwärter ist der Länge nach in der Abteilung Amer. Hier könnte die Fabrikinspektion in Tätigkeit treten. Auch sind die Schlichter in einem sehr schlechten Zustand und in zu geringer Zahl vorhanden, so daß an einem Stein mitunter 8—10 Mann wartend stehen. Welche Gefahren aus diesen Zuständen entstehen, ist wohl jedem Sachmann klar. Nachdem der Referent noch das Verhalten einzelner Arbeiter geißelt hatte, die nicht genug Ueberstunden schieben können, schloß er mit einem kräftigen Appell an die Kollegen. Sie sollten bereit zusammen stehen, denn nur dann sei es möglich, bessere Zustände zu schaffen. In der recht lebhaften Diskussion teilte noch Kollege J. mit, auf welche Art und Weise Arbeiter, welche bereits 3 und 5 Jahre bei der Firma beschäftigt sind, hinausgeschoben werden, ohne sich irgend eine Schuld bewußt zu sein. Weiter wies ein Redner auf die Zustände im Kabinett am Nonnenbäum hin, wo für gelehrte Arbeiter Löhne bis 45 Pf. und für ungelernete Arbeiter Löhne bis 32 Pf. für hoch geltend. Nachdem noch Schlegel in seinem Schlußwort die der Versammlung vorliegende Resolution zur einstimmigen Annahme empfohlen hatte, wurde dieselbe einstimmig gutgeheißen, ebenso ein Antrag, den Gesamtbeitrag der Versammlung in Höhe von 68.40 Mark den „Katerlandlosen Gesellen“ in Hamburg zu überweisen. Die Resolution lautet:

Die heutige Versammlung aller bei der Firma Siemens u. Halske beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten völlig einverstanden. Den Mitgliedern darauf verpflichten die Anwesenden jede Kollegin und jeden Kollegen, dahin zu wirken, daß die schädliche Ueberzeitarbeit, wie überhaupt die überaus traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Ausbreitung der Organisation zu arbeiten, da nur durch starke Organisationen die Gewähr gegeben ist, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sich günstiger gestalten lassen.“

Im Versammlungsbericht der Rifenmacher, den wir gestern brachten, muß es heißen, daß der Streik und nicht der Generalstreik fortgesetzt werden sollte.

Zu dem Bericht der Brandenburgischen Parteikonferenz gehen uns die nachstehenden Verichtigungen zu:

Ich habe beim Punkt „Organisation der Landarbeiter“ nicht gesagt, daß bei 10 Pf. Beitrag pro Woche eine Organisation der Landarbeiter nicht leisten könne, sondern ich habe erklärt, daß die Arbeiter der Provinz Brandenburg von dem Verband der Fabrik- und landwirtschaftlichen Hilfsarbeiter verlangte, die Landarbeiter der Provinz Brandenburg sollten als besondere Sektion dem Verband angegeschlossen werden, und zwar bei einem Beitrag von monatlich 10 Pf. Das ergibt einen wöchentlichen Beitrag von 2 Pfennig.

Dah ich dem Anschlusse der Landarbeiter an den Verband der Fabrik- und landwirtschaftlichen Hilfsarbeiter sympathisch gegenüberstehe, geht daraus hervor, daß ich in einer von mir beantragten Resolution den Anschlusse an diesen Verband empfohlen habe.

Adolf Cohen.

In dem von mir gegebenen Bericht der Agitationskommission läßt mich der Berichterstatter folgendes sagen: „Der vorjährige Beschluß, wonach wir in jedem Kreise jährlich zwei Frauenversammlungen abhalten sollen, läßt sich beim besten Willen nicht durchführen, weil es an geeigneten Referentinnen fehlte.“

Würde ich dieses gesagt haben, so könnte man eine gewisse „Böswilligkeit“ darin erblicken, die mir aber völlig fernliegt. Ich habe gesagt: „Den Versuch durchzuführen, scheiterte an der Unmöglichkeit und den tatsächlichen Verhältnissen in der Provinz, Frauenversammlungen abzuhalten.“ — Referentinnen fanden uns stets zur Verfügung.

H. Schuberl.

Der Arbeiter-Stenographenverein „Stolze“ in Berlin (Mitglied B. Beck, d. Arb.-Stenogr.-Vereins Deutschlands) eröffnete neue Unterrichtskurse in der vereinfachten deutschen Stenographie (Einigungsstufen Stolze-Schrey) am Freitag, den 31. August, bei Grube, Annenstr. 18, Mittwoch, den 5. September, bei Gietert, Schulstr. 20, Donnerstag, den 6. September, bei Jahn, Gröbnerstr. 82, am gleichen Tage im Raubier Klubhaus, Beusselstraße 9. — Anfangs abends 8½ Uhr. (Siehe gefriges Inserat.)

Letzte Nachrichten und Deysehen.

China.

Rom, 28. August. (M. T. U.) Die gesammelten Verluste der italienischen Marine in China vom 12. Juni bis 15. August betragen der „Agencia Stefani“ zufolge 19 Tote, von denen 13 in Peking, 5 in Tientsin gefallen sind und 11 Verwundete, von denen 7 auf Peking, 1 auf Tientsin, 3 auf Tientsin kommen. Ein 500 Mann starkes Bataillon Marine-Soldaten unter dem Kommando des Korvettenkapitäns Mammariti ist in Peking zur Verfügung der italienischen Gesandtschaft eingetroffen. Man wird dort sogleich einen Begleitungsdiens einrichten, durch welchen die Verwundeten, die Familie des Gefandten Salvoigo, Roggi und die Ueberlebenden der Schutruppe der Gesandtschaft nach Tientsin gebracht werden. Morgen wird Admiral Caudiani den Oberbefehl über die in Ostasien befindlichen italienischen Streitkräfte zu Lande und zu Wasser übernehmen.

Hongkong, 28. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus). Nach Meldungen aus Amoy ist der japanische General Goto und sein Stab aus Formosa dort eingetroffen. Japanische Truppen beschließen die fremden Kolonien. Kanonen sind auf einer die Stadt beherrschenden Stellung aufgestellt. Die Chinesen verlassen die Stadt.

Altona, 28. August. (Privatbesuche des „Vorwärts“.) Das hiesige Landgericht hat heute einen schweren Justizaktum korrigieren müssen. Am 26. Juli 1898 war der Arbeiter Bötel aus Glunde trotz seiner Unschuldserkennung wegen schwerer Körperverletzung zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er sollte die That an einem in selbigen Hause mit ihm wohnenden Arbeiter Rademacher begangen haben. Im Wiedererwahnenerfahren mußte Bötel heute kostenlos freigesprochen werden, nachdem sich herausgestellt hatte, daß von dem Ehepaar Rademacher ein Meißel gestohlen worden war. Bötel hatte seine Strafe bis auf sechs Tage verbüßt.

Paris, 28. August. (M. T. U.) Der Ausstand ist allgemein, nachdem die Hafenarbeiter heute in einer neuen Versammlung einstimmig die Fortsetzung des Streiks beschlossen haben. In Frankreich scheitern die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Herbeiführung einer Verständigung. Die Rot unter den Ausständigen beginnt groß zu werden. Der Ausstand hat sich nun auch auf Algerien erstreckt. In Bone haben heute tausend Hafenarbeiter die Arbeit niedergelegt.

London, 28. August. (M. T. U.) Dem Reuterschen Bureau wird aus Glasgow mit Bezug auf die dort vorgekommenen Fälle von Seulenpest gemeldet, daß die Lage ernst sei, als man zuerst glaubte. Ein neuer Fall von Pest sei festgestellt worden; zwei Personen seien gestorben, 40 Familien seien isoliert und unter ärztliche Beobachtung gestellt worden.

London, 28. August. (M. T. U.) Der Washingtoner Korrespondent der „Morning Post“ meldet seinem Blatt unter dem gestrigen Tage, er erfahre, daß die russische Regierung bereits bei amerikanischen Geldleuten sich unter der Hand erkundigt habe, ob die Aufnahme einer Schwedens Kriegsanleihe in New York angängig sei.

Petersburg, 28. August. (M. T. U.) Dem Reuterschen Bureau zufolge ist die Bildung von 3 Mitralleusen-Batterien beschlossen worden. Dieselben werden zu je 2 den vier neu errichteten sibirischen Armeekorps, die für den fernem Osten bestimmt sind, einverleibt werden.

Lokales.

Drei Hohenzollern - Stadtbilder sind gestern in der Siegesallee einhundert worden. Der eine der drei Herren, die in modernster ritterlicher Haltung dargestellt sind, heißt Friedrich I. Er war der erste Hohenzoller in der Mark und regierte von 1416 bis 1440. Er hat sich dadurch einen Namen gemacht, daß er den damaligen hunslich hausenden Landesfeind, den Hussitenführer Prokop nicht mit der gepanzerten Faust, sondern mit 10 000 Dukaten Lösegeld von erneuten Einfällen in die Mark abhielt.

Sein Nachfolger, der ebenfalls gestern bedenkmalte Albrecht Achilles brachte die den Hussiten gezahlte Summe auf dem Handelswege wieder ein. 1448 hatte er nämlich das Glück, einen Herzog von Bayern, Ludwig den Bärtigen, gefangen zu nehmen. Mit diesem Objekt trieb der Hohenzoller einen regelrechten Handel; nachdem er den Gefangenen vergeblich an verschiedene andre Potentaten angeboten hatte, drohte er den Wächtern eigenhändig mit dem Lösge umzubringen, verkaufte ihn dann aber 1446 um 32 000 Gulden an Herzog Heinrich den Reichen von Jülich-Bonn.

Das dritte Denkmal erhielt Kaiser Friedrich III. (1440—1885). Dieser ist wegen seines Konflikts mit den Edelsten und Besten des 16. Jahrhunderts bekannt, die an seine Thron die lokalen Worte sprachen:

Joachimken, Joachimken, hülte Di,
hängen wir Di, so hangen wir Di!

Durch Errichtung des Kammergerichts legte dieser Fürst zu der heutigen Größe und Unparteilichkeit der preussischen Rechtspflege den Grundstein. Sehr verdient hat sich Joachim um die Judenfrage gemacht, der er durch Errichtung zahlreicher Scheiterhaufen ein warmes Interesse entgegenbrachte. Mit der Frau des Berliner Bürgers Hans Pommer trüb er einiges Familienglück; seine ferndeutsche Besinnung betätigte er dadurch, daß er sich im Kampf um die Kaiserwahl 1518 auf französische Seite stellte.

Ein neues Schloßplan-Projekt kann der „Lokal-Anzeiger“ bekanntgeben. Nachdem das Schloß durch den Bomben und den Umbau des Markplatzes eine Umgehung architektonisch schöner Bauten erhalten hat, soll das „Neue Schloß“, an der Steinhilfen, dem Ubrig verfallen. An dieser Stelle soll dem für den Preis von ungefähr 20 Millionen Mark ein Pantheon errichtet werden, wo nach ihrem Tode Deutschlands große Männer ruhen sollen, wie das Sensationsblatt orientiert berichtet. Wie die Sache gemacht werden soll? Darüber ist sich der große Geschäftsmann im „Lokal-Anzeiger“ einig — durch eine Lotterie. Ist es bei der Schloßfreiheit gegangen, so wird es die Gelder, die ins Pantheon einzuziehen sollen, auch nicht generieren, wenn der Bau auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege errichtet wird.

Gegen Maximilian Harden, den Herausgeber der „Zukunft“, schwebt, außer dem Verfahren wegen Verleumdung, noch ein zweites Verfahren wegen Verleumdung der Berliner Polizei. In einem Artikel, der die königliche Wacht über die Berliner Polizei nicht eben schmeichelhafte Ausdrücke enthält, der Herr v. Windheim zur Stellung des Einspruchs veranlaßt hat.

Die **Censur über den Plakatschlag** treibt fortgesetzt ihre sonderbaren Wüten. Die Antisemiten haben für gestern Abend eine Versammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Kohlennot oder Kohlenwucher“. Der Einladung war folgendes hinzugefügt: „Wer also die Semiten lieb hat und unter dem Kohlenwucher leidet, für den ist es eine heilige Pflicht, in diese Versammlung zu kommen.“

Die Bekanntheit des Themas, sowie auch der Hinweis am Schluß wurden von den Vätern der Anschlaganten, Hans u. Hartmann, beanstandet, wie es hieß auf Veranlassung der Polizeibehörde. Für die „Staatsbürger-Ztg.“ muß das Befahren schmerzhaft sein, da das Blatt am weitestgehenden die Arbeiterbewegung begeistert und jeden Mißgriff der Polizeibehörde gegen Arbeit mit dem Eifer eines Hühnerkämpfers verteidigt.

Die **Kohlen- und Coaknot** wird von Tag zu Tag schlimmer, wie die Szenen zeigen, die sich jetzt an jeder Morgen auf den Höfen der Gasanstalten abspielen. Nun beginnt auch die englische Gasanstalt in der Holzmarktstraße, die bisher noch größere Kosten sowohl an Händler wie Privats abgab, den Verkauf beträchtlich zu reduzieren. Mehr als ein halber Hektoliter wird an ein und dieselben Käufer nicht mehr verabreicht. Die kleinen Händler suchen sich zu helfen, indem sie Frau und Kinder sowie die ihrer sich zur Verfügung stehenden Bekannten recht frühzeitig zum Gasanstaltshof senden, um auf diese Weise doch eine möglichst große Quantität Coaks zu erhalten. Trotz stundenlangen Wartens muß in den letzten Tagen

viele der „kleinen Leute“ mit ihren Säcken und Karren ohne Brennmaterial wieder heimkehren. Die Stimmung über die Kohlen- und Coaknot, deren Ende gar nicht abzusehen ist, wird in allen Teilen der Bevölkerung eine immer mehr erregte.

Armenpflege und Wohlthätigkeit auf der Ausstellung in Paris. In Klasse 112 des Preisgerichts, an deren Arbeiten als Vertreter Deutschlands Herr Stadtrat Dr. Münsterberg teilnahm, sind im ganzen 7 große Preise, 16 goldene, 10 silberne, 2 bronzene Medaillen und 21 ehrenvolle Anerkennungen für deutsche Wohlthätigkeits-Einrichtungen zuerkannt worden. Große Preise haben erhalten: Der Centralvorstand deutscher Arbeiterkolonien, der deutsche Herbergsverein, der deutsche Sanitarverband, das Kultusministerium für die Neubauten der Charité, der badische Frauenverein, die Centralleitung der badischen Schützvereine für entlassene Gefangene und der Kaiserer Verein zur Beförderung der Arbeitsamkeit. Von den übrigen Auszeichnungen heben wir die folgenden hervor, die auf Berlin entfallen und zwar: goldene Medaille für die Obdachlose, Verein zur Fürsorge für die weibliche Jugend, Verein für häusliche Gesundheitspflege (für Ferienkolonie) und in der Nachbarschaft Berlins der Evangelische Diakonissenverein und das Oberlin-Haus in Rowawes. Silberne Medaille: das Magdalenenstift in Ploßensee, das Johannesstift in Ploßensee, Bethabara und Beth-Elin. Bronzene Medaille: das Amalienhaus.

Die **an den Pöken** erkrankt gewesene Kaufmannsrau Müller aus Appelt und ihre fünf Kinder, die am Anfang dieses Monats aus Klein-Glienide nach der Charité gebracht wurden, sind alle vollständig geheilt und haben das Krankenhaus jetzt verlassen. Vorläufig hat die Familie in Berlin Wohnung genommen.

Nach **Kopenhagen entkommen** ist eine Einbrecher-Bande, die den hiesigen Behörden schon viel zu schaffen gemacht hat. Im Februar d. J. wurde bei dem in der Neuen Schönhauserstr. 10 wohnenden Kaufmann Ehrlich ein Einbruch verübt, bei welchem den Dieben Gold- und Silberfachen im Werte von ca. 500 M. in die Hände fielen. Der Verdacht der Thätlichkeit richtete sich auf den Dienstmagd des E. Eichen, die Dienstmagdchen, den Schuhmacher Hahn, in dessen Wohnung eine Hausdurchsuchung stattfand. Diese war jedoch erfolglos, wie sich später herausstellte, weil den revidierenden Beamten das Vorhandensein eines Bodenschatzes verheimlicht worden war. Im März d. J. wurde ein größerer Uhren-Diebstahl ausgeführt. Die gestohlenen Uhren wurden bald darauf in einer Pfandleihe in der Großen Franzfurterstraße entdeckt, die von dem Arbeiter Meitz verriet. Er hatte bei dieser Gelegenheit auch silberne Töfel verpfändet, die aus dem E. Eichen Diebstahl herrührten. Er verhaftet wurde, gefolgt von einem, der die Uhren von einem Schlosser K. zum Verleihen erhalten habe, während er die silbernen Töfel seinem Verwandten, dem Schuhmacher Hahn, gestohlen hätte. Die weiteren Recherchen ergaben dann, daß Hahn mit dem Dienstmädchen Eide, mit welchem er sich inzwischen verheiratet hatte, den Einbruchdiebstahl bei E. ausgeführt hatte. Während der Uhrendiebstahl, ein gewerbemäßiger Verbrecher, in Haft genommen wurde, verblieb J. auf freiem Fuß. Der Verhaftete machte die Kriminalpolizei zwar darauf aufmerksam, daß sich das Verbrecherpaar seiner Strafe durch die Flucht entziehen dürfte, aber vergeblich. Inzwischen hatte der Schuhmacher eine Möbel-einrichtung, Wäsche, Garderoben und sonstige Gegenstände auf Abzahlung gekauft, die dann auf jedem beliebigen Wege zu Geld gemacht wurden. Am 24. Mai verließ das E. Ehepaar Berlin. Im Juni endlich wurde der Verhandlungstermin gegen Hahn und Genossen festgesetzt, mußte aber natürlich wieder aufgeschoben werden. Hahn befindet sich, wie er in einem an eine hiesige Verwandte gerichteten Schreiben mitteilt, in Kopenhagen und lebt dort von seinen gestohlenen respektive erschwindelten Geldern.

In **die Gefahr**, zu verbluten, kam die 41 Jahre alte Ehefrau des Tischlers Kühne aus der Vorhölzstraße 3 gestern nachmittag auf offener Straße. Frau Kühne wollte einen Krankenbesuch in der Zimmerstraße absetzen, als ihr vor dem Hause 77 plötzlich eine Krampfadler sprang und eine fürchterliche Menge Blut auf die Straße ergoß. Zwei Männer griffen sofort helfend ein und brachten die Leidende zu dem gegenüberwohnenden Arzt Dr. Goldschmidt. Der Zustand der Frau war dergestalt, daß der Arzt zunächst an ein Verbluten glaubte. Es gelang indes, die Wunde zu unterbinden, und Frau K. konnte in einem Rettungswagen nach der Charité befördert werden.

Grüße über die Arbeiterpartei beizubringen. Führt uns Schweichel in den Hara. So Emil Rosenow in die Arbeiterkreise des rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaus. In Form einer Erzählung werden uns die Kämpfe jener Arbeiter vorgeführt, die sie führen müssen, um nicht ganz unterdrückt zu werden, und wir sehen hinein in die Schiebungen und Intrigen der kapitalistischen Profitmacherei. Wilhelm Liebknecht schildert uns eine Episode seines Lebens: seine Schulmeisterzeit. Er erzählt uns, wie er — nach 1848 auf der Flucht vor der deutschen Reaktion — in London landet, wie er sich sein Brot, kümmerlich genug, als Hauslehrer und Schulmeister verdient, und wie er sich eigentlich sein ganzes Leben lang als der geborne Schulmeister gefühlt habe. „Man kann seinen Beruf verlassen, aber nicht seine Natur ändern. Man kann sie verhehlen, man sie verhehlen, aber Natur bleibt Natur auch in verhehelter Gestalt.“ Und von Natur bin ich Schulmeister und habe allezeit bereitwillig zugestanden, daß ich als Politiker meinen Beruf verhehle.“ Nun ist der Mund für immer verstummt, der noch so viel zu sagen hatte. Besonders bedauern wir es, daß es Liebknecht nicht vergönnt war, eine zusammenhängende Geschichte seines Lebens, die zugleich eine Geschichte der sozialdemokratischen Partei geworden wäre, zu schreiben. Aus den jetzt erschienenen Episodenschilderungen, die der unermüdliche Liebknecht, bald hier, bald da, in großer Zahl veröffentlicht, will jetzt Max Witten in Leipzig, ein Freund des verstorbenen Führers, etwas machen. Hoffentlich läßt er dabei Liebknecht nach Möglichkeit in dessen eigenen Worten sprechen, damit so die oben angebotene Wille, so gut es geht, angefüllt werde.

Neben Liebknecht ist noch ein anderer der „Alten“, der aber noch mit Jugendfeuer unter uns wirkt, im Kalender vertreten. August Bebel weist dem zwanzigsten Jahrhundert seine Aufgabe zu: die **Verwirklichung** dessen, was der Sozialismus im neunzehnten Jahrhundert gelebt und erstrebt hat. Er schildert die Notwendigkeit von Reformen auf fast allen Gebieten des modernen Lebens, im Wirtschaftsleben, in den sozialen, den politischen Verhältnissen, den Ansicherungen über die Zukunft; er zeigt, wie überall der Umwandlungsprozess schon begonnen hat und schreibt unter anderem: „So lange es eine Geschichte giebt, haben noch niemals in einer großen Bewegung solche Massen agiert, ausgestattet mit dem Wissen und klaren Willen, wie es in der modernen Arbeiterbewegung vorhanden ist. Das unterscheidet die sozialistische Bewegung von jeder früheren. Je größer aber die beteiligte Masse wird — und es ist ein Entwicklungsgegesetz der bürgerlichen Gesellschaft, daß die Masse der Proletarier an Zahl zunimmt bei relativer und absoluter Abnahme der Elemente der herrschenden Klassen — je mehr diese Masse zu Wissen und Einsicht über sich und die Gesellschaft kommt, desto gewaltiger ist die Macht, die sie in die Welt hinein wirft und durch die sie schließlich ihren Willen jedem aufzwingen kann. Einen Widerstand hiergegen giebt es schließlich nicht mehr.“ Das neunzehnte Jahrhundert hat alle Vorbereitungen für diesen Kampf und den schließlich Sieg geschaffen. Aufgabe des zwanzigsten Jahrhunderts ist, zu vollenden

Der Fang des gefährlichen Einbrechers. Dem „Berliner Tagebl.“ wird geschrieben: In dem freudigen Ereignis, daß der gefährliche Einbrecher Winge dingfest gemacht worden ist, ist unsere Kriminalpolizei unschuldig. Winge wurde abgefaßt, als er in der Matthäikirchstraße — seinem liebsten Jagdrevier — einfiel, und zwar von den Jagdhörnern der betreffenden Wohnung. Diese brachten ihn auch zur Polizei. Nebenbei hat der Einbrecher der Kriminalpolizei zu Berlin vor seiner letzten Verhaftung als Vigilant gedient.

Mit einer tödlichen Schußwunde im Unterleib ohne **Verband drei Tage umhergelaufen** ist der Buchhalter Julius Schulz, der in der Hagarstraße ein möbliertes Zimmer bewohnte. Im März d. J. war dem Buchhalter die Frau gestorben und den Tod derselben hatte er sich derartig zu Herzen genommen, daß der Witwer seine Stellung aufgab und in Tiefstimm verfiel. Am 22. d. M. verfuhr sich Schulz dadurch zu töten, daß er sich eine Kugel aus einem Revolver in den Unterleib jagte. Trotzdem er sich hierdurch schwer verletzte, nahm der Buchhalter keine ärztliche Hilfe in Anspruch, sondern irrte in den Straßen Berlins umher. Nachdem der Unglückliche am Samstagabendmittag das Grab seiner Frau, die auf einem Friedhof in Ploßensee begraben ist, besucht hatte, vernahmte sich Schulz, als er auf dem Rückweg begriffen am Bahnhof Friedrichstraße vorgezogen, nicht mehr aufrecht zu stehen. Er suchte in einem Wartesaal des Bahnhofes Zuflucht und brach hier besinnungslos zusammen. Auf der Postkammer, wohin der Buchhalter zunächst gebracht wurde, gab er an, sich eine Kugel durch den Kopf gejagt zu haben. Man glaubte, daß der Unglückliche geisteskrank sei, und die Behörde ließ ihn mittels Krankenwagens nach der Charité überführen. Bei der hier sofort vorgenommenen ärztlichen Untersuchung wurde die Schußverletzung im Unterleib entdeckt. Da jedoch die Wunde eine langsame innere Verblutung herbeigeführt hatte, konnte das Leben des Mannes nicht mehr erhalten werden. Trotz der sorgfältigsten ärztlichen Hilfe ist Sch. am gestrigen Tage gestorben.

Im **Friedrichshain erschoss** sich am Dienstagmorgen um 11 1/2 Uhr ein junger Mann, indem er sich aus einem Revolver eine Kugel in den Kopf jagte. Durch den Knall aufmerksam gewordene Polizeibeamte fanden die Leiche auf einer kleinen Anhöhe. Der junge Mann, der keine Ausweispapiere bei sich trug, moß 20—24 Jahre alt sein, ist unterlegt und von keinem Bau (1,49 Meter). Er hat dunkles Haar, trug einen grünen Anzug und hatte im Obertheil des Halses G. L. in zwei Taschentüchern die Buchstaben A. J.

Schon wieder ein **schwerer Unfall durch Hufschlag.** Als der 31 Jahre alte Aufscher Karl Schröder aus der Chorinerstr. 64 am Sonntagmorgen von einer Geschäftsfahrt zurückgekehrt war, erhielt er beim Ausspannen von einem Pferd einen Hufschlag an die rechte Kopfseite. Er blieb bewußtlos liegen, wurde nach einer Inflation und dann noch dem Lazarus-Krankenhaus in einem Rückenwagen gebracht. Dort ergab sich, daß er eine Gehirnerschütterung erlitten hatte.

Brand der Dachpappenfabrik Haurwitz u. Komp. am Kottbuser Ufer. Großfeuer alarmierte Dienstagabend nicht weniger als 14 Wächter nach dem Kottbuser Ufer, Ecke Grünauerstraße. Hier brannte die Dachpappenfabrik von Haurwitz u. Komp., die bereits vor 8 Wochen dreimal in einer Nacht von Brandstiftung heimgesucht wurde.

Das etwa 100 Meter Front an der Grünauerstraße betragende Grundstück trägt nach der Wasserseite hin das Wohngebäude, an das sich der 2 1/2stöckige Fabrik- und Lagerbau anlehnte. Mit Ausnahme des Wohngebäudes ist alles eingestürzt. Nur der glücklichen Winderdichtung und dem anopfernden Vorgehen der vom Branddirektor Hiersberg geleiteten Wehr ist es zu danken, daß die auf demselben, vier Bergeln haltenden Grundstücke befindlichen enormen Holzvorräte der Firma Otto Paul erhalten werden konnten. Der Wert dieser Vorräte inkl. Schuppen wird vom Versicherer über 1/2 Million Mark angegeben.

Ueber den Brand selbst ist folgendes zu berichten: Kurz nach 7 Uhr schlugen Flammen durch das Dach des Fabrikageraums, die sich so rasch ausbreiteten, daß binnen wenigen Minuten das Gebäude in seiner ganzen Ausdehnung brannte. Ursprünglich war nur Mittelfener gemeldet, als jedoch Branddirektor Hiersberg eintraf und die Größe der Gefahr überblickte, erließ er den Befehl an die einzelnen Wachen: „Alles zur Brandstelle!“ In größter Eile stürmten die Löschzüge heran; von ihnen nahmen sechs Dampfspritzen am Landwehrkanal Aufstellung, während die Handdruckspritzen nach der Grünauerstraße dirigiert wurden. Mehr als zwanzig Röhre traten nun in Thätigkeit, und es war hohe Zeit,

was das neunzehnte Jahrhundert begonnen hat. Die Entwicklung schreitet nicht mehr, sie stützt nach vorwärts.“

Und noch einen aus den Reihen der alten Führer und Berater der Partei finden wir unter den Kalenderherstellern: **Jugenzauer**, der die fünfundsiebenzigjährige Geschichte des Neuen Welt-Kalenders schreibt und dem verstorbenen Ränderger Genossen Karl Oertel einen Nachruf widmet. Das traurige Amt des Reklomenschreibers der Partei ist überhaupt noch und nach Anker aufgelassen, den man um diesen Posten gewiß nicht zu beneiden braucht, der aber doch wie wenige hierzu geeignet ist, da er seit Jahrzehnten im Centrum der Bewegung und auf solchen Posten gestanden hat, die ihn befähigten, Menschen und Dinge der Partei genau kennen zu lernen.

In das Gebiet der wissenschaftlichen Artikel leitet Max Schippel's Studie über die Voeren und die Engländer in Südamerika hinüber. Er erzählt die Geschichte der holländischen Voeren seit ihrer Niederlassung in Südamerika, die systematischen Ausbeutungsversuche der Engländer, aber auch die reaktionäre Haltung der Voerenregierung in den Jahren vor Ausbruch des Krieges. Ueber die Entstehung der Zahlen und die Zahlensysteme die den verschiedenen Völkern plantiert Dr. Bruno Borchart. Ein Meisterwerk deutscher Technik beschrieb A. Gerich, nämlich das Schiffsbauwerk bei Herriedenburg am Dortmund-Emskanal. Ein Aufsatz des Dr. Curt Freudenberg behandelt die Heilkräutertheorien und die Krankenbehandlung mit Heilserum. Endlich schildert Hugo Poetsch zwei große Arbeiterkämpfe des Jahres 1869, die Ausperrung der dänischen Arbeiter und den österreichischen Kohlengräber-Streik mit allen ihren Lehren und Anwendungen für die gesamte Arbeiterbewegung.

Erwähnt seien schließlich noch die zwischen dem Text des Kalenders eingestreuten Gedichte von Diederich Freytag, Ludwig Felsen etc., eine Sammlung von Wigen, Sannren, Rätseln und dergleichen und besonders auch der Bilderbuch des Kalenders. Illustriert sind die beiden Erzählungen, ferner die Artikel über das Schiffsbauwerk und über die Voeren. Auer's Artikel über das Kalenderjubiläum ist mit Abbildungen der verschiedenen alten Kalendermischlinge und Titelbilder geschmückt. Vier Vollbilder sind dem Kalender besonders beigegeben, von denen wir einen sehr schönen Holzschnitt nach einem plattischen Werk „Mädchen am Brunnen“ und eine stimmungsvolle Winterlandschaft rühmend hervorheben können. Ein Farben-Druckbild endlich, eine Schnittfamilie bei der Mittagstafel auf dem Felde vorstellend, giebt den Lesern ein Beispiel des in letzter Zeit so viel genannten Dreifarben-Drucks, wobei nur das Originalbild von Künstlerhand gemalt ist, während die Herstellung der Platten zur farbengerechten Wiedergabe auf photographisch-mechanischem Wege geschieht.

Bei dieser Reichhaltigkeit des Gebotenen kann man dem Kalendermacher gewiß nicht die Anerkennung versagen, daß er das Seinige redlich gethan hat, dem Kalender seinen alten guten Ruf zu erhalten und die Darbietungen noch ständig zu verbessern. Eine Vergrößerung der Nachfrage, ein Hineinbringen des Neuen Welt-Kalenders in immer weitere Volksschichten wird gewiß die Quintessenz sein auf jenes löbliche Bestreben. M. Pl.

Der Neue Welt-Kalender

Es diesmal ein Jubiläum. Waren die vierundzwanzig Vorgänger des jetzt hundertjährigen Geburtstagskalenders auch zur Zeit andern Namens, so doch alle derselben Geistes. Sie alle waren zum Kalendernutzen bewußtsein erwachten deutschen Arbeiters ein Gefäß sein für die meistens so eben, verlassenen Kalender, in sie von bürgerlichen Verleger-Spekulanten millionenfach ins U. geworfen wurden und — werden. Und daneben wollten sie die Kalendernutzer werden für die Sache der Arbeiter auch in fern Kreisen, in die allenfalls noch ein Kalender dringt — da ein solcher ja doch traditionsmäßig in jeder Familie gelauert — die jedoch die sonstige Arbeiterliteratur nicht so leicht eintreten und aufnehmen. Der Erfolg ist diesem Streben nicht versagt geblieben, und der sozialdemokratische Neue Welt-Kalender hat heute zu den verbreitetsten Erscheinungen der deutschen Kalenderliteratur.

Der erste der nun vorliegenden fünfundsiebenzig Jahrgänge erschien für das Jahr 1873 in Leipzig und ginaus der Druckerei des von Liebknecht redigierten „Vollstaats“ vor. Der damalige Kalender hieß „Vollstaats-Kalender“ und stete 8 1/2 Groschen. Im Jahre 1874 liehen auch die Kallender in Berlin einen Kalender erscheinen, den „Deutscher Arbeiter-Kalender“. Nach dem Vereinigungslongereh wurden auch die Kalender „vereinigt“, und der Parteikalender hieß von 75 ab, in Erinnerung an die Gründung des deutschen Boverabunds, Der arme Konrad“, Freizige, Rost, J. Ph. Beder, Liebknecht, Geibhaffelmann, C. Fisch hatten Verträge geschlossen, und der Kalender fand in diesem und in den folgenden Jahren immer fleren Absatz. Da kamen die Jahre des Sozialistengesetzes mit ihren Verböten. Man konnte sich nicht anders hru, als für einige Jahre einen in platt farblosen Kalender herauszugeben, den „Lunibus“. Seit 1883 erschien dann im tage von Diez in Stuttgart der „Illustrierte Neue Welt-Kalender“, unter welchem Namen er sich noch heute alljährlich einfindet, er daß der Kalender später in den Hamburger Parteiverlag übernommen wurde.

Der nun vorliegende Jahrgang für 1901 ist dem alten Programm treu geblieben, nicht nur zu unterrichten, sondern auch zu belehren, und anzuerkennen ist besonders das Streben, den Inhalt möglichst vielseitig zu gestalten. Der St. und der Landarbeiter, der aufklärte Sozialdemokrat und der zu gewinnende Proletarier, der nach Bildung Verlangende, in die Frau, die nur nach Unterhaltungs-literatur greift, sie alle den etwas für sie Geeignetes. Und prächtig ist es, wie auch den der Unterhaltung dienenden Stellen dafür gesorgt ist, daß ein hängen bleibt von dem „Geist der Rebellion“.

Sehr gut ist dieses Schmutzhandwerk besonders Robert Schweichel gelungen, der eine ganz romantische Liebesgeschichte beisteuert, aber so lug ist, zu jeder Liebhaber einen sozialdemokratischen Redakteur zu machen, mit gutem Erfolge be müht ist, der Töne seines Herzens und dem Leser die richtigen

dem das herrschende Flugfeuer überschüttete den angrenzenden Holzplatz und die umliegenden Gebäude. Eine enorme Hitze, die die haushoch emporlodenden Flammen ausströmten, befechtigte die Löscharbeiten ungemein. Hinter vorgehaltenen Schuttschirmen lauzierten die Rohrführer auf den Dächern, mußten aber trotzdem in kurzen Zwischenpausen abwechseln. Es galt vor allen Dingen, den Brand zu lokalisieren und ein Ueberfliegen auf die Holzlager und Wohnhäuser zu verhindern. Dieses Ziel war nach einstündiger harter Arbeit erreicht und Hiersberg konnte einige Handdrückprüfungen nach ihren Depots entlassen, was um so notwendiger war, als ganz Berlin momentan von Löschzügen entblüht war. Das Feuer hatte kolossale Menschenmengen angelockt und führte auch zu einer langen Verkehrsstörung, da der Straßenbahnverkehr am Kottbuser Ufer für die Dauer des Brandes gehemmt war.

Feuerbericht. Zwei Wohnungsbrände alarmierten die Feuerwehr am Dienstag kurz hinter einander nach Admiralstr. 6 und Hauptstr. 25 in Schöneberg. In beiden Fällen wurde ihre Tätigkeit nur kurze Zeit in Anspruch genommen. In der vorhergehenden Nacht brannte Panstr. 15 in einer Eisengießerei die Dachkonstruktion. Am Humboldtthafen hatten Funken den Bohlenbelag der Brücke entzündet, doch war die drohende Gefahr in wenigen Minuten beseitigt. Siegliserstr. 30 brannten auf dem Hof Kisten und Verpackungsmaterial. Aus ganz unbedeutenden Anlässen erfolgten außerdem Alarmierungen nach Aurfürstenstr. 51, Duffenstr. 28, Annenstr. 10 und Jähnsstr. 51.

Kein annäherndes Benehmen. Der Gastwirt Fehse sendet uns eine Verächtigung, in der es heißt:

„Nicht ich habe meinen Gästen die Verbandsbücher der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter abgenommen, vielmehr sind einige der Verbandsmitglieder bei mir in die Küche gegangen, haben dort die Verbandsbücher des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter in die Maschine geworfen mit dem Bemerkens: „Das Kaffeewasser löste gleich.“ — Verschiedene Gäste warfen die Verbandsbücher an die Erde und habe ich diese aufgenommen und gesammelt. — Wenn, wie ich durch Zeugen den Radweis zu bringen vermag, für meine Gäste-Mitglieder des Verbandes der Handels-, Transport- und Kohlenarbeiter eingetreten bin und erreicht habe, daß die Mitglieder mehr bekommen, wie in den Versammlungen des Verbandes beschlossen war, so ist wohl das Gegenstück Ihrer Verächtigung: „der Herr schimpfte weiblich auf die Organisation“, erwiesen.“

Demgegenüber können wir nur konstatieren, daß, nachdem Herr Fehse die Bücher an sich genommen hatte, die Verbandsleitung auf Wunsch einiger Arbeiter den Vertrauensmann der Organisation zu Herrn Fehse sandte und um die Herausgabe der Bücher bitten ließ. Der Verhaftete mußte aber schleunigst das Lokal verlassen, da mit Herrn Fehse keine Verständigung zu erzielen war. Wahrscheinlich denkt Herr Fehse heute etwas ruhiger über die Angelegenheit.

Strasenspernung. Wegen Mantelfestsetzung von der Köpenicker- bis Wangenstraße wird wegen Unzulassung von heute ab bis auf weiteres für Fußräder und Reiter gesperrt. — Aus Anlaß der am 30. August im Zeughaus stattfindenden Fahnenweihe werden von 9 Uhr vormittags ab bis nach Beendigung der Feierlichkeiten — etwa gegen 12 Uhr — der Lustgarten, die Schlossfreiheit, die Kaiser Wilhelm- und die Schlossbrücke sowie der Platz am Zeughaus für Fußräder, Reiter und Fußgänger noch bedeckt gesperrt.

Im Apollotheater feierte gestern „Venus auf Erden“ das Jubiläum der 200. Aufführung. Das glanzvolle Aufführungsgeschehen hat trotz seines hohen Alters noch eine große Zugkraft ausgeübt, denn am Rosenkranzplatz prangte die für die Direktion immer gern gesehene Ankündigung: „Ausverkauf!“ Mit gutem Humor ging auch zum 200. Mal das phantastische Aufführungsgeschehen, sicher geleitet von den munteren Darstellern, über die Bretter. Herr Link, der so beliebte Komponist, der seiner tanzlustigen Jugend die schönen Tänze aus der „Luna“ und „Venus auf Erden“ beibringt, führte gestern den Falschhof selbst. Ihm, wie den Darstellern galt der nicht endenwollende Beifall der zahlreicheren Zuhörer und wohlwollenden Bühnenbesucher eine Fülle der prächtigsten Blumenarrangements.

Orgelvortrag. Am Donnerstag, den 30. August, von 7-8 Uhr, veranstaltete Organist Bernhard Jergan in der Kreuzkirche am Galleischen Thor das nächste Kirchenkonzert unter Mitwirkung von Frau Ellen Engler-Brodvogel (Sopran), Fräulein Katharina v. Schag (Alt) und Herrn Walter Habenschütz (Violoncello). Der Eintritt ist frei.

Nachgeworbener Unterricht für Färber. An der hiesigen Höheren Weberschule, Markusstr. 49, beginnt am Sonntag, den 14. Oktober, vormittags 9 Uhr, ein neuer Kursus für Färber. In demselben wird besonders der Unterricht in theoretischer und praktischer Chemie veranschaulicht. Der Kursus dauert zwei Jahre mit je 40 Unterrichtswochen à 6 Stunden, von denen 2 Donnerstags, abends von 8-10 Uhr, und 4 Sonntags, vormittags von 9-11 Uhr, erteilt werden. Das Unterrichtsprogramm beträgt halbjährlich 15 M. Nähere Auskunft erteilt und Anmeldungen von Teilnehmern am Unterricht nimmt schriftlich entgegen der Direktor der Höheren Weberschule, Professor Götter.

Aus den Nachbarorten.

Aus Nixdorf. Ein von der Staatsanwaltschaft in Oldenburg wegen zahlreicher Betrügereien stechbrieflich verfolgter Hochstapler, der unter verschiedenen adligen Namen umherzirkte, wurde hier festgenommen und als ein gewisser Otto Lipke aus Wittenberg festgesetzt. Er ist gesund und wird nach Oldenburg transportiert werden. — Beim Kalklöschsel der Arbeiter Adolf Metzler auf dem Grundstück Goethestr. 18/19 mit dem linken Fuß in die Kalkgrube und zog sich schwere Brandwunden zu. Er wurde zunächst nach der Infirmerie XII und nach Auflegung eines Verbandes nach seiner Wohnung befördert. — Wegen Mordens wurde der in der Bergstraße wohnhafte Rechtskonsulent Fidorra in Untersuchungshaft genommen. — Die Errichtung einer Sterbekasse für die hiesigen städtischen Beamten und Lehrer, sowie deren Ehefrauen ist jetzt vom Minister des Innern genehmigt worden. — Wegen Veräußerung falschen Geldes wurden gestern in einem Lokal in der Panierstraße zwei hier wohnhafte Männer polizeilich festgenommen.

Johannisthal. Zur Deckung der Kosten für den Schulbau und den Ankauf eines Grundstücks zum Bau eines Gemeindehauses wurde in der letzten Gemeindevorstandssitzung die Aufnahme einer Anleihe von 50 000 M. beschlossen. Bei den nun folgenden Kommunalwahlen wurde in die Einschlagskommission und in die Kommission für das Verleumdungsverfahren auch je ein Vertreter unserer Partei gewählt. Als Schriftführer bis zur Besetzung der Stelle eines Gemeindevorstandes wurde Mann (Soz.) ernannt. Einer Anregung des Vertreters Mann (Soz.), den Konstanten-Unterricht nicht mehr in Andow, sondern im Orte stattfinden zu lassen, soll Folge gegeben werden.

Niederschöneweide. Am Sonntagvormittag wurde aus der eine kurze Zeit unbekanntlich gebliebenen Wohnung des Gastwirts Franz in der Vertlinerstr. 5 der Betrag von 740 M. gestohlen. Der Diebstahl kann nur von eingeweihten Personen begangen sein, doch fehlt bis jetzt jede Spur.

Schwere militärische Vergehen haben sich, wie der „Vollzeitung“ aus Spanien berichtet wird, eintige Mannschaften der Disziplinarabteilung des Garderegiments zu Schulden kommen lassen. Als die 5. Garde-Infanteriebrigade in diesen Sommer in Döberitz ihre Übungen abhielt, wurde zeitweise auch die Disziplinarabteilung aus dem Fort Hahnberg hinzugezogen, die dem 5. Garderegiment zu Fuß dienstlich zugeteilt ist. Sie mußte eines Tages den „Feind“ markieren und hatte zu diesem Zweck in dem auf dem Übungsgelände errichteten „Zielort“ Aufstellung genommen, um von hier aus zu schießen. Da fanden diese Mannschaften Geschosse, die von früheren Schießübungen herrührten; sie eigneten sich diese an und steckten sie, nach Entfernung des Nitropropions der Platzpatronen, in den Gewehrlauf, um nur, wohl meist aus Mut-

wissen, scharf zu schießen. Sie hatten dabei die Richtung auf die anderen Truppen einzuhalten, und wenn sie auch ohne sicheres Ziel blindlings darauf losschossen, so hätten doch infolge unglücklicher Zufälle darunter Treffer sein können. Die frechste Tat wurde dadurch entdekt, daß ein Offizier bemerkte, wie ein Geschoss ein paar Schritte vor ihm einschlug. Bei der sofort vorgenommenen Gewehrrevision der Disziplinarabteilung wurden mehrere Gewehrläufe vorgefunden, aus denen, wie die zurückgelassenen Schrammen verrieten, scharf geschossen worden war. Die weitere Untersuchung in dieser Angelegenheit ist im Gange.

Die Grundsteinlegung für das große Thierasyl des Deutschen Thierärztevereins hat am Montagmorgen auf dem an der Pietenstraße in Groß-Lichterfelde belegenen Bauplatz stattgefunden. Der Bau des Asyls soll beschleunigt werden, daß er voraussichtlich schon im Mai n. J. wird in Benutzung genommen werden können.

Soziale Rechtspflege.

Herr Konditoreibesitzer Schulte bittet uns in Bezug auf den Bericht über eine Verhandlung vor dem Gewerbegericht in der Nummer vom Sonntag richtig zu stellen, daß er die Klägerin Frau A. B., die bei ihm in Stellung war, nicht mißhandelt habe. Eine solche Angabe ist auch in der Verhandlung vor dem Gewerbegericht selbst von der Klägerin nicht gemacht und ist dem Berichterstatter insofern ein Irrtum unterlaufen, als die Beschuldigung der Klägerin gegen einen Gehilfen gerichtet war, der bei Herrn Schulte beschäftigt ist.

Die Frühstückspause. Zwei Plagarbeiter hatten die Firma Jansen u. Co. (Holzhandlung) beim Gewerbegericht verklagt und je 42 Mark als Lohnentschädigung wegen unberechtigter Entlassung gefordert. Sie waren entlassen worden, weil sie eine halbe Stunde lang in einer unweit des Holzplatzes belegenen Kneipe gefrühstückt hatten. Der Vertreter des Beklagten wandte folgendes ein: Die Kläger hätten nicht in der Kneipe frühstücken dürfen, denn es sei ihnen bei der Annahme ausdrücklich gesagt worden, daß die tägliche Arbeitszeit von 7 Uhr früh bis 12 Uhr mittags und von 1/2 12 Uhr nachmittags bis abends 7 Uhr dauere. Sie hätten danach nur während der Arbeitszeit und nur auf dem Platz frühstücken dürfen. Dies habe er ihnen allerdings nicht besonders gesagt. — Im Laufe der Verhandlung stellte sich heraus, daß die Kläger öfter in der Kneipe gefrühstückt haben, ohne daß es ihnen vor dem Entlassungstage unterzogen worden ist. Sie selber betonten, das Frühstück auf dem Plage sei wegen Ungeziefers nicht rauchbar gewesen. In der Kneipe hätten ihnen die Warten das Frühstück aus der Tasche geholt. — Die Nummer VII, die sich unter dem Vorhild des Dr. Gertz mit der Angelegenheit beschäftigte, riet nach erfolgter Beratung zu einem Vergleich auf je 42 M. Der Gerichtshof ging von der Erwägung aus, daß eine Frühstückspause von einer halben Stunde nicht zu viel sei und daß der Arbeiter auch das Recht an sich habe, zu bestimmen, wo er frühstücken wolle. Sollte etwas anderes gelten, dann müßte das ausdrücklich vereinbart werden. Da eine besondere Vereinbarung, die das Frühstück in der Kneipe oder eine Frühstückspause überhaupt ausschließe, nicht getroffen worden sei, muß die Kläger auch nicht von vornherein gehindert haben, in die Kneipe zu gehen, so liege ein Entlassungsgrund nicht vor. — Der Vertreter der Beklagten ging, vorbehaltlich der Zustimmung seiner Chefs, auf den vorgeschlagenen Vergleich ein. Jeder Kläger soll 42 M. erhalten.

Gewerbe-Beitrag.

Maria Reinigung und der obligatorische Fortbildungsunterricht. Der 15jährige Tischlerlehrling Schulz in Wronke hatte sich als Katholik nicht für verpflichtend gehalten, am 5. Februar, am Tage Maria Reinigung, den obligatorischen Fortbildungsunterricht zu besuchen. Die Behörde war aber anderer Meinung und bedrohte ihn mit einer Geldstrafe, weil er den Unterricht ohne genügenden Grund veräumt habe. Schulz beantragte richterliche Entscheidung und wurde auch in zweiter Instanz vom Landgericht in Bosen freigesprochen. Die Freisprechung erfolgte jedoch nur, weil das Landgericht in dem Ortsplan, durch das in Wronke der obligatorische Fortbildungsunterricht eingeführt ist, eine Strafbestimmung vermisse. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und verwies darauf, daß doch eine Strafbestimmung im Ortsstatut enthalten sei. Das Kammergericht erließ dies ebenfalls auf einem bei den Akten befindlichen Exemplar. Es hob die Berufung auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück, damit es nachprüfe, ob der katholische Feiertag ein Grund sei, den Unterricht in der Fortbildungsschule zu veräumen.

Geld im Munde hatte das Dienstmädchen Marie Siegelmann, als sie eines Tages den Laden eines Juweliers, den sie zum Zweck des Ankaufs einer Uhr betreten hatte, verlassen wollte. Die Siegelmann, die gestern wegen Diebstahls vor der III. Ferienstrafkammer stand, ist eine raffinierte Ladendiebin und führt zur Zeit eine einjährige Gefängnisstrafe ab. Sie ist namentlich Ueber- und Juwelengeschäften gefählich, denn diese bilden fast ausschließlich den Schauplatz ihrer verbrecherischen Tätigkeit. Wie dreist und zielgerichtet sie ist, zeigte der Fall, der sie gestern auf die Anklagebank brachte. Sie betrat den Laden des Juweliers unter dem Vorgeben, eine goldene Uhr für ihre Schwester kaufen zu wollen. Sie ließ sich aus mehreren Kästen Uhren zur Auswahl vorlegen, war jedoch schwer zu befriedigen, denn sie kritisierte hier und malte da und beschäftigte den Verkäufer in reichlichem Maße. Als dieser dabei war, die Uhren des einen Kastens wieder zu ordnen, bemerkte er eine verdächtige Bewegung der Angestellten und stellte sofort fest, daß aus einem andern Kasten eine goldene Damenuhr verschwinden war. Er beschuldigte die Angestellte des Diebstahls, diese aber wies den Verdacht mit Entrüstung zurück und unterwarf sich wüthig einer Verleumdung, die ohne Erfolg blieb. Der Verkäufer war aber seiner Sache um so sicherer, als der Kasten, an welchem die Uhr befestigt war, am Kleide der Angestellten sich vorfand und so mußte diese sich bequemen, zur Polizei zu folgen, wo eine nochmalige Verleumdung stattfinden sollte. Als diese eben im Gange war, bekam die Angestellte plötzlich das Riesen- und allgemeinem Staunen hatte diese körperliche Erschütterung den Erfolg, daß die Uhr aus ihrem Munde herausfiel. Sie hatte diese in ihrem Mund hineingespeitert und das Anstößige fertiggebracht, sie unterhalb ihrer Zunge so geschickt zu verbergen, daß sie nicht einmal ein Hindernis beim Sprechen bildete. Der Gerichtshof beurteilte die geringfügige Person abermals zu einem Jahr Gefängnis.

Inwiefern ein Arzt für Kunstfehler in der Diagnose haftet, hatte kürzlich das Kammergericht zu erörternden Veranlassung. Ein Arzt, in dessen Sanatorium sich ein Kranke begeben und der auf Grund seiner Diagnose den letzteren als Magenkranken mit Massage behandelt hatte, sah sich genötigt, den Patienten wegen seines Honorars zu verklagen. Der Patient demängelte die Höhe der Forderung und machte geltend, daß der Arzt erklärt habe, er verpflichte sich, ihn völlig gesund zu machen und lege dafür sein ganzes Vermögen ein, während tatsächlich keine Besserung eingetreten sei, da angeblich gar keine Magenkrankheit vorgelegen habe. Das Kammergericht hat die Ansprüche des Arztes als berechtigt anerkannt und dabei folgende allgemein interessante Ausführungen gemacht: Die für die einzelnen ärztlichen Dienste berechneten Honorare übersteigen allerdings die in dem Obdit vom 21. Juni 1815 zugelassenen Höchstbeträge und erreichen die höchsten Grenzen der in der Gebührenordnung vom 13. Mai 1806 zugelassenen Sätze. Diese Sätze können nach § 90 Gewerbeordnung aber nur in Ermangelung besonderer Vereinbarung zur Anwendung. Eine solche Abrede kann auch stillschweigend getroffen werden und da in Berlin die Spezialärzte in der Regel höhere als die tagelöhner Honorare fordern und erhalten, so ist anzunehmen, daß ein Patient, der einen solchen Arzt aufsucht, ohne mit ihm das Honorar zu

bezabreden, sich stillschweigend der Forderung des Arztes unterwirft, sofern sie sich nur in gewissen billigen Grenzen hält. Was den angeblichen Kunstfehler betrifft, so müßte der Ausdruck des Arztes, „er lege sein ganzes Vermögen für völlige Gesundung ein“, in seiner maßlosen Uebertreibung dem Beklagten erkennbar machen, daß der Arzt lediglich sein Vertrauen zu seiner Methode ausdrückt, nicht aber eine besondere Verpflichtung übernehmen wollte. Der Vertrag eines Arztes mit seinem Patienten verpflichtet ihn an sich nicht, einen bestimmten Erfolg, Heilung oder Besserung des Leidens zu erzielen, er ist nur verpflichtet, den Patienten nach den Regeln der ärztlichen Kunst zu behandeln. Nun ist nicht bewiesen, daß die Diagnose des Arztes und die darauf gestützte Behandlungsweise unrichtig waren, und es kann dem Arzt nicht der Beweis dafür aufgebürdet werden, daß sie richtig waren. Abgesehen von der Unmöglichkeit eines solchen Nachweises in vielen Fällen kann der Arzt angesichts der Schranken des wissenschaftlichen Erkennens nicht gewährleisten und deshalb auch nicht verpflichtet sein, die Raine eines jeden Leids, er muß nur dafür einstehen, daß ihm bei der Diagnose kein nach den Regeln der Kunst vermeintlicher Irrtum unterlaufe. Außerdem kann auch bei der genauesten Untersuchung einem Arzt eine Erkenntnis entgehen, die von einem andern Arzt gewonnen wird, ohne daß dem ersteren darum der Vorwurf der Oberflächlichkeit träfe.

Litterarisches.

Dem Kunden Liebknecht ist die neueste Nummer des „Wahren Jacob“ geweiht. Ein Gedicht von Max Regel feiert unsern Veteranen:

Als Held und Sieger — so mit stolzem Schritt
Ist er die rauhe Lebensbahn gegangen.
Wie ihn der Feinde Horn und Hohn misstritt,
Er konnte nie ein Jagen und ein Wagnen.“

Nicht minder schön singt Rudolf Lavant an der Waise des Soldaten der Revolution:

„Fürwahr, ein stolzes Heldentum — und dennoch voll Humor und Güte,
Besonnen, sinnig, weich und mild, des Menschentumes reinste Blüte,
Ein Herz, so rein und echt wie Gold, vom Stahl des Schönen tief getroffen,
Den Blumen und den Vögeln hold und jeder arten Regung offen.“

Wie der Dichter, so bringt auch der Künstler dem Alten seinen Hohn. Im Schatten deutscher Eichen und Buchen erblicken wir Liebknecht den Feind; zur Rechten steht die Göttin der Freiheit, die Fackel zur Erde gesenkt, zur Linken trauert das Volk, verkörpert in einer Jungfrau und einem Veteranen der Arbeit: Ein wohl-gelungenes, stimmungsvolles Bild von J. J. S. Sodani bringt der „Jacob“ eine Proff-Autotypie, vielleicht das charakteristischste Portrait, das wir aus jenes Allen letzten Zeit besitzen, und im weiteren zwei Darstellungen von Liebknecht Wohnhaus in Vorkorf, die an die entbehrungs- und sorgereiche Zeit des Sozialistengesetzes erinnern.

Die schönste Gabe aber hat Bebel dargebracht. Erinnerungen an Liebknecht ist der Artikel schlicht überschrieben, in welchem der intakte Mitkämpfer unseres Alters erzählt, wie im Jahre 1865 der damals aus Berlin ausgewiesene ihn gemeinsam mit einem demokratischen Redakteur zu Leipzig in seiner Drehschneiderei aufsuchte und wie aus diesen ersten Zusammenstößen sich die Kampfgemeinschaft der beiden Männer entwickelte deren Wirken die Geschichte der Partei selber bedeutet. In übersichtlicher, klarer, verständlicher Weise durch manche Einzelheit seine und des Alten Charakterbild. Wer von allen, die die Akten kennen, wird nicht mitempfinden bei der Schilderung, wie Liebknecht 1866 mit leeren Händen und gütter-gleicher Gelassenheit in die „Mitteldeutschen Volkszeitung“ zu Dresden ein eigenes Blatt erwirkt und wie Bebel ob der neuen Last, die zu allen andern Sorgen gerade noch schloß, die Hände ringt und als rettender Engel die preussische Gutsregierung preist, der der Partei den Götzen thut, das Blatt zu verdienen. Wir durchwandern an Bebel Hand die Zeit von 1870; Hochverrats-prozess, Einigungsfrage, Sozialistengesetz ziehen an unserm Auge vorüber, und am Schluß haben wir ein Bild Parteigeschichte gewonnen, so anschaulich, intim, wie wir vorher es noch nirgendwo fanden.

Bemerk sei, daß e Liebknecht-Kammer erst am heutigen Mittwoch in unserer Verhandlung zur Ausgabe kommt.

Vermischtes.

Unglücksfall in r Marine. In Bord des Torpedoboots G 89 erfolgte gestern bei Experimenten mit Revolverpatronen eine Explosion, welche Personen ver wundete. Durch Sprengstoffe wurde der Deckoffizierleib am Unterarm, der Friseur Simon am Unterarm, der Reize Ströble am linken Oberarm und der Matrosenbaumann an 2 Augen verletzt. Die Ursache der Explosion wurde noch nicht ermittelt.

Vierlinge! So vier munteren Knaben entbunden wurde dieser Tage e Frau eines Arbeiters zu Larnowke bei Chemnitz i. B. Der für als glückliche Vater über zur Zeit als Reservist bei dem Infanterie-Regiment Nr. 140 in Sadowitz und erhielt selbstverständlich dem Regimentkommando einen mehrtägigen Urlaub. Mutter und Kinder befinden sich ausnahmsweise wohl, nach ärztlichem Rathe dürften alle vier junge Weltbürger am Leben bleiben.

Wegen Gethung des Morde von Monza hatten sich vor dem Kreisgericht Rovereto (Tiroi) zwei italienische Arbeiter zu verantworten. Der eine, der 19jährige Geher Guido Rossaro, war beschuldigt, in ein Weinkeipe seiner Freunde über die Ermordung des Adnigs unbet unversehener Ausbruch gegeben zu haben. Das unweise Schicksal ist, wie es selbst vor Gericht angab, Mitglied eines tholischen Gesellschafens und auch sonst in seiner gegen Entwicklung so zurückgeblieben, daß der Verteidiger die Unterung seines Geisteszustands beantragte. Das Gericht gab aber diese Antrag keine Folge und führte die Verhandlung durch. Der Rechtsanwalt beantragte die Verurteilung des Angeklagten, plädierte aber selbst auf mildernde Umstände. Das Gericht verurteilte den Angeklagten in Anwendung des außerordentlichen Widerungsrechts zu vierzehn Tagen Arrest, verschärfte darüber Forderung. Der andre Angeklagte, Angelo Taberna, soll bei der Trauerfeier für König Humbert die That Verdes gutgedenken sein. In der Verhandlung, die ihm seine Gemeinde ausstellte, er als ein sehr beschränkter, aber gutmütiger, braver und heilfamer Mensch geschildert. Der Staatsanwalt bat auch für n um eine milde Strafe. Der Gerichtshof machte abermals so seinem außerordentlichen Widerungsrecht Gebrauch und verurteilte Taberna zu drei Wochen Arrest, verschärfte durch drei Fasttage.

Ein schwerer Unfallsfall hat sich am Sonnabend auf dem Truppenübungsplatz in Grabow ereignet. Drei Mann vom Jeldbau-Kommando sand am Jerusalemberg einen Blindgänger. Trotz des Verbots wden sie ihn auf. Bei der Verübung explodede das Geschoss die Wirkung war fürchterlich. Dem einen Soldaten, welcher die Patrone aufgebunden, wurden beide Hände abgerissen. Er hatte n so viel Geistesgegenwart, unter lautem Schreien mit den erdten, verstaumelten Armen den einstufigen Weg zum Lager zu men, wo er bewußlos zusammenbrach. Die beiden andren Soldaten sind gleichfalls glücklich zuerichtet, leben aber zur Zeit noch; si wurden bald darauf an der Unfallstelle aufgefunden und ins Lazarett geschafft.

Eisenbahnunfall Aus London wird berichtet: Am Montag fiel ein Güterzug von r etwa 13 Stunden von Salisbury entfernten Bräde herab, bei 5 Personen umlamen.

Marktpreise von Berlin am 26. August 1900

Table with market prices for various goods like wheat, flour, and oil. Columns include item names and prices.

Witterungsüberblick vom 25. August 1900, morgens 8 Uhr.

Table showing weather conditions across different stations like Berlin, Hamburg, and Frankfurt.

Weiter-Prognose für Mittwoch, den 29. August 1900. Ein wenig mürmer, teils heiter, teils wolfig, bei mäßigen nordöstlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. Besuchen für Recht. Da Sie für Abdruck Ihrer Notiz selbst die Verantwortung übernehmen...

1. Das Vergernis muß merklich erregt sein; die That muß von einer unbeschränkten Personenzahl haben wahrgenommen werden können. 2. Die Strafe schwankt von 1 Tag bis 2 Jahren Gefängnis...

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. Mittwoch, den 29. August. Opernhaus, Mignon. Schauspielhaus, Doktor Faust. Neues Oper-Theater (Kroll), Der Mikado.

Urania. Taubenstrasse 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.

Passage-Panopticon. Marokkaner. (11 Mädchen, 5 Männer, 3 Kinder). Vorstellung stündlich.

CASTANS PANOPTICUM. Neue plastische Gruppe: Kampf eines deutschen Seesoldaten mit Boxern bei Tientsin!

W. Noacks Theater. Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung Die Zigeuner von Lichtenberg.

Schiller-Theater. (Wallner-Theater). Morwitz-Oper. Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr.

Central-Theater Berlin nach Elf. Heute in glänzender Ausstattung.

Carl Weiss-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. Die Boyer in China.

Apollo-Theater. Täglich um 9 1/2 Uhr: Venus auf Erden.

10 hervorragende Spezialität. Der Kosmograph: China-Bilder. Anfang 8 Uhr.

Riesenetablissement See-Terrasse. Röderstr. 1-6, unweit Steuerhaus, Landsberger Allee. Sonntag, den 2. September 1900: Gr. Kinder-Freuden-Fest.

Schweizer-Garten. Am Königsdior. Täglich: Konzert, Theater, Ballett, Spezialitäten-Vorstellung, Ball.

Max Kliems Sommer-Theater. Halenbeide 13-15. Artistic Leitung: Paul Milbits. Täglich: Grosses Doppel-Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Neue Welt, Hasenheide. Heute Mittwoch: Gr. Ernte-Fest. Umzug der Schütten und Schütteninnen.

Wo amüsiert man sich grossartig? Hasenheide 21 und Jahnstr. 3 in Schnogelsberges Festhallen.

Puhlmanns Vaudeville-Theater. Schönhauser-Allee 146. Täglich: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Sanssouci. Im prachtvollen Natur-Garten jeden Sonntag u. Donnerstags humorist. Solos der Norddeutschen Quartett-Sänger.

Victoria-Brauerei. Lützowstr. 111/112. Im Garten oder Saal. Täglich: Norddeutsche Sänger.

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben. Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots.

Redacteurs gesucht! Bei der „Brandenburger Zeitung“ ist die Stelle des leitenden Redacteurs zum 1. Januar oder auch früher zu besetzen.

Partei-Expeditionen. Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengels, Georg Franfurterstr. 133. Sechster Wahlkreis (Mantel): Karl Rubers.

Wübel und Volkherwaren. Franz Talzauer, Zillertalmeister, Berlin N., Brunnstr. 152. Zahnärztliches Institut, 150 an Zahnzichen 15 Pl. Tellstr. 9-7.

Zur Fabrik, Beckplatten, Antiken etc. 30 1/2 Pl. Sperrholz 1 Pl. 2,25 (ohne Holzwerkstoff).

Ostbahn-Park. Hermann Imbs 71 Nöckerdörfer Straße 71 am Kottbuser Platz.

Deutsche Konzert-Hallen. Spandauer Brücke 3. 7 Stadtbahnhöfen. Großer Naturgarten.

Hans Kayser. Riechstr. 2. Wägel 2. Göttinger Platz. Täglich: Besondere Quelle für Press- u. Steinkohlen.

Englischer Garten. Alexanderstr. 27 c. Alle für Sonnende in der Monarche Epide.

Alle Wanzen sterben. In der Lederwarenbranche ist ein Fabrikgeschäft mit Inventar und Ware zu verkaufen.

Achtung! VI. Wahlkreis. Achtung!

Freitag, den 31. August, abends 8 Uhr:

4 öffentliche Volks-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

- Peters Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80/81.
- B. Raabe, Kolbergerstraße 23.
- Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42.
- Mierke, Schönhauser Allee 101.

L.-D.: Ferdinand Lassalle und die Entwicklung der deutschen Socialdemokratie. Referenten: Genossen Rosenow, Ströbel, Frau E. Ihrer, Zubell.

Um recht zahlreichem Besuch bitten

Die Vertrauensleute.

Steinzecker und Hammer!

Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr:

2 Versammlungen Steinzecker

bei Rümman, Bergstraße Nr. 188,

Hammer

bei Mündner, Bergstraße Nr. 12.

Tagesordnung in beiden Versammlungen: Definitive Beschlußfassung über die Verneinerung der Nacharbeit bei denjenigen Firmen, welche sich weigern, Leipziger Steinzecker zu beschäftigen.

Lederarbeiter Berlins!

Weißgerber, Lohgerber, Lederfärber und Berufsgenossen. Donnerstag, 30. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Große öffentliche Versammlung

Lederfabrikation beschäftigter Arbeiter und Arbeiterinnen.

1. Vortrag des Genossen Dr. Weyl über: Die Nothwendigkeit zum Kranten-berufungs-Gesetz. 2. Rosenbergs Bericht der Vertrauensleute. 3. Bericht der Vertrauensleute. 4. Gewerkschaftliches und Persönliches.

Kollegen, in Eurem eigenen Interesse habe ich oben angeführtes Lokal, das Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, wieder gewählt, um jedem Gelegenheit zu geben, die Ausscheidung der gegebenen Widmungen und Schenkungen für E. Viehnecht zu beschließen.

Der Vertrauensmann.

zum Ausschank sehr geeignet! süß, rot, wie Portwein, ausgezeichnet im Geschmack, Amt IV. 9676. 4993L.

Eugen Neumann & Co., Berlin SW., Hollmannstr. 16.

RASMON
Kraftnahrung
ersten Ranges
(Eiweiß und
Nährsalze der Milch)

Cohns Festsäle, Beuthstrasse 19/20.

Empfehle meine Säle zu Versammlungen. September und Oktober noch einige Sonnabende und Sonntage frei. 48900*

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein f. den 4. Berliner Reichst.-Wahlkreis (Südost). Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, daß am 24. August unser Mitglied, der Gastwirt

Wilhelm Grube

freiwillig aus dem Leben geschieden ist. Wir verlieren in ihm einen Genossen, der jederzeit bereit war, für die Interessen der Partei einzutreten.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. August, nach 5 Uhr, von der Halle des Freiwilligen Friedhofs in der Pappel-Allee aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 22. d. M., unser Mitglied, der Gastwirt

Wilhelm Grube

plötzlich verstorben. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. August, nach 5 Uhr, vom Freiwilligen Friedhof aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 22. d. M., unser Mitglied, der Gastwirt

Wilhelm Grube

plötzlich verstorben. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. August, nach 5 Uhr, vom Freiwilligen Friedhof aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 22. d. M., unser Mitglied, der Gastwirt

Wilhelm Grube

plötzlich verstorben. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. August, nach 5 Uhr, vom Freiwilligen Friedhof aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 22. d. M., unser Mitglied, der Gastwirt

Wilhelm Grube

plötzlich verstorben. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. August, nach 5 Uhr, vom Freiwilligen Friedhof aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 22. d. M., unser Mitglied, der Gastwirt

Wilhelm Grube

plötzlich verstorben. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. August, nach 5 Uhr, vom Freiwilligen Friedhof aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 22. d. M., unser Mitglied, der Gastwirt

Wilhelm Grube

plötzlich verstorben. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. August, nach 5 Uhr, vom Freiwilligen Friedhof aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 22. d. M., unser Mitglied, der Gastwirt

Wilhelm Grube

plötzlich verstorben. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. August, nach 5 Uhr, vom Freiwilligen Friedhof aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 22. d. M., unser Mitglied, der Gastwirt

Wilhelm Grube

plötzlich verstorben. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. August, nach 5 Uhr, vom Freiwilligen Friedhof aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 22. d. M., unser Mitglied, der Gastwirt

Der Vorstand.

Allen Genossen und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau **Jda Strehl**, geb. **Duwe**, nach kurzem Leiden am 26. August morgens 6 Uhr gestorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Friedrichstraße aus statt.

Die tiefgebeugtem Herzen zeigt dies an

der trauernde Gatte **Emil Strehl**.

Dankagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Stuccateurs **Alfred Bratsch**, sage ich allen Freunden und Bekannten, hauptsächlich dem Centralverein der Berliner Stuccateurs für die reichliche Unterstützung meinen Dank.

Herzlichen Dank allen für die freundliche Teilnahme am Begräbnis meiner lieben Mutter, der Frau **Therese Bratsch** nebst Kindern.

Aug. Hoffmann geb. **Welsch**. Die tief trauernden Kinder und Verwandten.

Steglitz-Friedenau. Meinen Genossen und Kollegen, besonders den Frauen und dem Gesangsverein „Zukunft I“ für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Emma Klinge**, geb. **Wichert**, herzlichen Dank. **Otto Klinge**. 2505 Familie **Wichert**.

Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Eduard Noetzel** am Sonntag, den 20. August, verstorben ist. Seine letzten Wünsche! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Friedhofs aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Zirkelverein zu Berlin. Das Mitglied **Eduard Noetzel** ist am 20. d. M. verstorben. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Friedhofs in Berlin aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Zur Erinnerung an **Wilh. Liebknecht**. Porträts mit und ohne Rahmen in allen Größen und Preislagen empfiehlt die Glaserei und Bilderrahmenfabrik von **Carl Scholz**, 110 Wrangelstrasse 110.

Die besten Speisen schmecken nicht ohne Zuthat des richtigen Gewürzes. Genau so ist es beim Kaffee! Linde's Essenz für Kaffee

ein vollkommen lösliches Pulver, kommt einem vorhandenen Bedürfnis entgegen. Linde's Essenz verleiht jedem Kaffeegetränk, einerlei ob man reinen Bohnenkaffee, Malzkaffee oder Beides gemischt, oder eine andere Mischung gebraucht, einen vollmundigen angenehmeren Geschmack, feineres Aroma und die überall gewünschte schöne Farbe. Man muß aber nicht zuviel nehmen - 1 gestrichener Kaffeelöffel - d. h. 3 bis 4 Gramm auf 1 Liter Getränk genügen.

Jede Hausfrau wird erstaunt sein über die Wirkung.

Die besten Speisen schmecken nicht ohne Zuthat des richtigen Gewürzes. Genau so ist es beim Kaffee! Linde's Essenz für Kaffee

ein vollkommen lösliches Pulver, kommt einem vorhandenen Bedürfnis entgegen. Linde's Essenz verleiht jedem Kaffeegetränk, einerlei ob man reinen Bohnenkaffee, Malzkaffee oder Beides gemischt, oder eine andere Mischung gebraucht, einen vollmundigen angenehmeren Geschmack, feineres Aroma und die überall gewünschte schöne Farbe. Man muß aber nicht zuviel nehmen - 1 gestrichener Kaffeelöffel - d. h. 3 bis 4 Gramm auf 1 Liter Getränk genügen.

Jede Hausfrau wird erstaunt sein über die Wirkung.

Die besten Speisen schmecken nicht ohne Zuthat des richtigen Gewürzes. Genau so ist es beim Kaffee! Linde's Essenz für Kaffee

ein vollkommen lösliches Pulver, kommt einem vorhandenen Bedürfnis entgegen. Linde's Essenz verleiht jedem Kaffeegetränk, einerlei ob man reinen Bohnenkaffee, Malzkaffee oder Beides gemischt, oder eine andere Mischung gebraucht, einen vollmundigen angenehmeren Geschmack, feineres Aroma und die überall gewünschte schöne Farbe. Man muß aber nicht zuviel nehmen - 1 gestrichener Kaffeelöffel - d. h. 3 bis 4 Gramm auf 1 Liter Getränk genügen.

Jede Hausfrau wird erstaunt sein über die Wirkung.

Die besten Speisen schmecken nicht ohne Zuthat des richtigen Gewürzes. Genau so ist es beim Kaffee! Linde's Essenz für Kaffee

ein vollkommen lösliches Pulver, kommt einem vorhandenen Bedürfnis entgegen. Linde's Essenz verleiht jedem Kaffeegetränk, einerlei ob man reinen Bohnenkaffee, Malzkaffee oder Beides gemischt, oder eine andere Mischung gebraucht, einen vollmundigen angenehmeren Geschmack, feineres Aroma und die überall gewünschte schöne Farbe. Man muß aber nicht zuviel nehmen - 1 gestrichener Kaffeelöffel - d. h. 3 bis 4 Gramm auf 1 Liter Getränk genügen.

Jede Hausfrau wird erstaunt sein über die Wirkung.

Die besten Speisen schmecken nicht ohne Zuthat des richtigen Gewürzes. Genau so ist es beim Kaffee! Linde's Essenz für Kaffee

ein vollkommen lösliches Pulver, kommt einem vorhandenen Bedürfnis entgegen. Linde's Essenz verleiht jedem Kaffeegetränk, einerlei ob man reinen Bohnenkaffee, Malzkaffee oder Beides gemischt, oder eine andere Mischung gebraucht, einen vollmundigen angenehmeren Geschmack, feineres Aroma und die überall gewünschte schöne Farbe. Man muß aber nicht zuviel nehmen - 1 gestrichener Kaffeelöffel - d. h. 3 bis 4 Gramm auf 1 Liter Getränk genügen.

Jede Hausfrau wird erstaunt sein über die Wirkung.

Die besten Speisen schmecken nicht ohne Zuthat des richtigen Gewürzes. Genau so ist es beim Kaffee! Linde's Essenz für Kaffee

ein vollkommen lösliches Pulver, kommt einem vorhandenen Bedürfnis entgegen. Linde's Essenz verleiht jedem Kaffeegetränk, einerlei ob man reinen Bohnenkaffee, Malzkaffee oder Beides gemischt, oder eine andere Mischung gebraucht, einen vollmundigen angenehmeren Geschmack, feineres Aroma und die überall gewünschte schöne Farbe. Man muß aber nicht zuviel nehmen - 1 gestrichener Kaffeelöffel - d. h. 3 bis 4 Gramm auf 1 Liter Getränk genügen.

Jede Hausfrau wird erstaunt sein über die Wirkung.

Die besten Speisen schmecken nicht ohne Zuthat des richtigen Gewürzes. Genau so ist es beim Kaffee! Linde's Essenz für Kaffee

ein vollkommen lösliches Pulver, kommt einem vorhandenen Bedürfnis entgegen. Linde's Essenz verleiht jedem Kaffeegetränk, einerlei ob man reinen Bohnenkaffee, Malzkaffee oder Beides gemischt, oder eine andere Mischung gebraucht, einen vollmundigen angenehmeren Geschmack, feineres Aroma und die überall gewünschte schöne Farbe. Man muß aber nicht zuviel nehmen - 1 gestrichener Kaffeelöffel - d. h. 3 bis 4 Gramm auf 1 Liter Getränk genügen.

Jede Hausfrau wird erstaunt sein über die Wirkung.

Die besten Speisen schmecken nicht ohne Zuthat des richtigen Gewürzes. Genau so ist es beim Kaffee! Linde's Essenz für Kaffee

ein vollkommen lösliches Pulver, kommt einem vorhandenen Bedürfnis entgegen. Linde's Essenz verleiht jedem Kaffeegetränk, einerlei ob man reinen Bohnenkaffee, Malzkaffee oder Beides gemischt, oder eine andere Mischung gebraucht, einen vollmundigen angenehmeren Geschmack, feineres Aroma und die überall gewünschte schöne Farbe. Man muß aber nicht zuviel nehmen - 1 gestrichener Kaffeelöffel - d. h. 3 bis 4 Gramm auf 1 Liter Getränk genügen.

Jede Hausfrau wird erstaunt sein über die Wirkung.

Die besten Speisen schmecken nicht ohne Zuthat des richtigen Gewürzes. Genau so ist es beim Kaffee! Linde's Essenz für Kaffee

ein vollkommen lösliches Pulver, kommt einem vorhandenen Bedürfnis entgegen. Linde's Essenz verleiht jedem Kaffeegetränk, einerlei ob man reinen Bohnenkaffee, Malzkaffee oder Beides gemischt, oder eine andere Mischung gebraucht, einen vollmundigen angenehmeren Geschmack, feineres Aroma und die überall gewünschte schöne Farbe. Man muß aber nicht zuviel nehmen - 1 gestrichener Kaffeelöffel - d. h. 3 bis 4 Gramm auf 1 Liter Getränk genügen.

Jede Hausfrau wird erstaunt sein über die Wirkung.

Die besten Speisen schmecken nicht ohne Zuthat des richtigen Gewürzes. Genau so ist es beim Kaffee! Linde's Essenz für Kaffee

ein vollkommen lösliches Pulver, kommt einem vorhandenen Bedürfnis entgegen. Linde's Essenz verleiht jedem Kaffeegetränk, einerlei ob man reinen Bohnenkaffee, Malzkaffee oder Beides gemischt, oder eine andere Mischung gebraucht, einen vollmundigen angenehmeren Geschmack, feineres Aroma und die überall gewünschte schöne Farbe. Man muß aber nicht zuviel nehmen - 1 gestrichener Kaffeelöffel - d. h. 3 bis 4 Gramm auf 1 Liter Getränk genügen.

Jede Hausfrau wird erstaunt sein über die Wirkung.

Die besten Speisen schmecken nicht ohne Zuthat des richtigen Gewürzes. Genau so ist es beim Kaffee! Linde's Essenz für Kaffee

ein vollkommen lösliches Pulver, kommt einem vorhandenen Bedürfnis entgegen. Linde's Essenz verleiht jedem Kaffeegetränk, einerlei ob man reinen Bohnenkaffee, Malzkaffee oder Beides gemischt, oder eine andere Mischung gebraucht, einen vollmundigen angenehmeren Geschmack, feineres Aroma und die überall gewünschte schöne Farbe. Man muß aber nicht zuviel nehmen - 1 gestrichener Kaffeelöffel - d. h. 3 bis 4 Gramm auf 1 Liter Getränk genügen.

Jede Hausfrau wird erstaunt sein über die Wirkung.

Die besten Speisen schmecken nicht ohne Zuthat des richtigen Gewürzes. Genau so ist es beim Kaffee! Linde's Essenz für Kaffee

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau **Jda Strehl**, geb. **Duwe**, nach kurzem Leiden am 26. August morgens 6 Uhr gestorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Friedrichstraße aus statt.

Die tiefgebeugtem Herzen zeigt dies an

der trauernde Gatte **Emil Strehl**.

Dankagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Stuccateurs **Alfred Bratsch**, sage ich allen Freunden und Bekannten, hauptsächlich dem Centralverein der Berliner Stuccateurs für die reichliche Unterstützung meinen Dank.

Herzlichen Dank allen für die freundliche Teilnahme am Begräbnis meiner lieben Mutter, der Frau **Therese Bratsch** nebst Kindern.

Aug. Hoffmann geb. **Welsch**. Die tief trauernden Kinder und Verwandten.

Steglitz-Friedenau. Meinen Genossen und Kollegen, besonders den Frauen und dem Gesangsverein „Zukunft I“ für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Emma Klinge**, geb. **Wichert**, herzlichen Dank. **Otto Klinge**. 2505 Familie **Wichert**.

Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Eduard Noetzel** am Sonntag, den 20. August, verstorben ist. Seine letzten Wünsche! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Friedhofs aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Zirkelverein zu Berlin. Das Mitglied **Eduard Noetzel** ist am 20. d. M. verstorben. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Friedhofs in Berlin aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Zur Erinnerung an **Wilh. Liebknecht**. Porträts mit und ohne Rahmen in allen Größen und Preislagen empfiehlt die Glaserei und Bilderrahmenfabrik von **Carl Scholz**, 110 Wrangelstrasse 110.

Die besten Speisen schmecken nicht ohne Zuthat des richtigen Gewürzes. Genau so ist es beim Kaffee! Linde's Essenz für Kaffee

ein vollkommen lösliches Pulver, kommt einem vorhandenen Bedürfnis entgegen. Linde's Essenz verleiht jedem Kaffeegetränk, einerlei ob man reinen Bohnenkaffee, Malzkaffee oder Beides gemischt, oder eine andere Mischung gebraucht, einen vollmundigen angenehmeren Geschmack, feineres Aroma und die überall gewünschte schöne Farbe. Man muß aber nicht zuviel nehmen - 1 gestrichener Kaffeelöffel - d. h. 3 bis 4 Gramm auf 1 Liter Getränk genügen.

Jede Hausfrau wird erstaunt sein über die Wirkung.

Die besten Speisen schmecken nicht ohne Zuthat des richtigen Gewürzes. Genau so ist es beim Kaffee! Linde's Essenz für Kaffee

ein vollkommen lösliches Pulver, kommt einem vorhandenen Bedürfnis entgegen. Linde's Essenz verleiht jedem Kaffeegetränk, einerlei ob man reinen Bohnenkaffee, Malzkaffee oder Beides gemischt, oder eine andere Mischung gebraucht, einen vollmundigen angenehmeren Geschmack, feineres Aroma und die überall gewünschte schöne Farbe. Man muß aber nicht zuviel nehmen - 1 gestrichener Kaffeelöffel - d. h. 3 bis 4 Gramm auf 1 Liter Getränk genügen.

Jede Hausfrau wird erstaunt sein über die Wirkung.

Die besten Speisen schmecken nicht ohne Zuthat des richtigen Gewürzes. Genau so ist es beim Kaffee! Linde's Essenz für Kaffee

ein vollkommen lösliches Pulver, kommt einem vorhandenen Bedürfnis entgegen. Linde's Essenz verleiht jedem Kaffeegetränk, einerlei ob man reinen Bohnenkaffee, Malzkaffee oder Beides gemischt, oder eine andere Mischung gebraucht, einen vollmundigen angenehmeren Geschmack, feineres Aroma und die überall gewünschte schöne Farbe. Man muß aber nicht zuviel nehmen - 1 gestrichener Kaffeelöffel - d. h. 3 bis 4 Gramm auf 1 Liter Getränk genügen.

Jede Hausfrau wird erstaunt sein über die Wirkung.

Die besten Speisen schmecken nicht ohne Zuthat des richtigen Gewürzes. Genau so ist es beim Kaffee! Linde's Essenz für Kaffee

ein vollkommen lösliches Pulver, kommt einem vorhandenen Bedürfnis entgegen. Linde's Essenz verleiht jedem Kaffeegetränk, einerlei ob man reinen Bohnenkaffee, Malzkaffee oder Beides gemischt, oder eine andere Mischung gebraucht, einen vollmundigen angenehmeren Geschmack, feineres Aroma und die überall gewünschte schöne Farbe. Man muß aber nicht zuviel nehmen - 1 gestrichener Kaffeelöffel - d. h. 3 bis 4 Gramm auf 1 Liter Getränk genügen.

Jede Hausfrau wird erstaunt sein über die Wirkung.

Die besten Speisen schmecken nicht ohne Zuthat des richtigen Gewürzes. Genau so ist es beim Kaffee! Linde's Essenz für Kaffee

ein vollkommen lösliches Pulver, kommt einem vorhandenen Bedürfnis entgegen. Linde's Essenz verleiht jedem Kaffeegetränk, einerlei ob man reinen Bohnenkaffee, Malzkaffee oder Beides gemischt, oder eine andere Mischung gebraucht, einen vollmundigen angenehmeren Geschmack, feineres Aroma und die überall gewünschte schöne Farbe. Man muß aber nicht zuviel nehmen - 1 gestrichener Kaffeelöffel - d. h. 3 bis 4 Gramm auf 1 Liter Getränk genügen.

Jede Hausfrau wird erstaunt sein über die Wirkung.

Die besten Speisen schmecken nicht ohne Zuthat des richtigen Gewürzes. Genau so ist es beim Kaffee! Linde's Essenz für Kaffee

ein vollkommen lösliches Pulver, kommt einem vorhandenen Bedürfnis entgegen. Linde's Essenz verleiht jedem Kaffeegetränk, einerlei ob man reinen Bohnenkaffee, Malzkaffee oder Beides gemischt, oder eine andere Mischung gebraucht, einen vollmundigen angenehmeren Geschmack, feineres Aroma und die überall gewünschte schöne Farbe. Man muß aber nicht zuviel nehmen - 1 gestrichener Kaffeelöffel - d. h. 3 bis 4 Gramm auf 1 Liter Getränk genügen.

Jede Hausfrau wird erstaunt sein über die Wirkung.

Die besten Speisen schmecken nicht ohne Zuthat des richtigen Gewürzes. Genau so ist es beim Kaffee! Linde's Essenz für Kaffee

ein vollkommen lösliches Pulver, kommt einem vorhandenen Bedürfnis entgegen. Linde's Essenz verleiht jedem Kaffeegetränk, einerlei ob man reinen Bohnenkaffee, Malzkaffee oder Beides gemischt, oder eine andere Mischung gebraucht, einen vollmundigen angenehmeren Geschmack, feineres Aroma und die überall gewünschte schöne Farbe. Man muß aber nicht zuviel nehmen - 1 gestrichener Kaffeelöffel - d. h. 3 bis 4 Gramm auf 1 Liter Getränk genügen.

Jede Hausfrau wird erstaunt sein über die Wirkung.

Die besten Speisen schmecken nicht ohne Zuthat des richtigen Gewürzes. Genau so ist es beim Kaffee! Linde's Essenz für Kaffee

ein vollkommen lösliches Pulver, kommt einem vorhandenen Bedürfnis entgegen. Linde's Essenz verleiht jedem Kaffeegetränk, einerlei ob man reinen Bohnenkaffee, Malzkaffee oder Beides gemischt, oder eine andere Mischung gebraucht, einen vollmundigen angenehmeren Geschmack, feineres Aroma und die überall gewünschte schöne Farbe. Man muß aber nicht zuviel nehmen - 1 gestrichener Kaffeelöffel - d. h. 3 bis 4 Gramm auf 1 Liter Getränk genügen.

Jede Hausfrau wird erstaunt sein über die Wirkung.

Die besten Speisen schmecken nicht ohne Zuthat des richtigen Gewürzes. Genau so ist es beim Kaffee! Linde's Essenz für Kaffee

ein vollkommen lösliches Pulver, kommt einem vorhandenen Bedürfnis entgegen. Linde's Essenz verleiht jedem Kaffeegetränk, einerlei ob man reinen Bohnenkaffee, Malzkaffee oder Beides gemischt, oder eine andere Mischung gebraucht, einen vollmundigen angenehmeren Geschmack, feineres Aroma und die überall gewünschte schöne Farbe. Man muß aber nicht zuviel nehmen - 1 gestrichener Kaffeelöffel - d. h. 3 bis 4 Gramm auf 1 Liter Getränk genügen.

Jede Hausfrau wird erstaunt sein über die Wirkung.

Die besten Speisen schmecken nicht ohne Zuthat des richtigen Gewürzes. Genau so ist es beim Kaffee! Linde's Essenz für Kaffee

ein vollkommen lösliches Pulver, kommt einem vorhandenen Bedürfnis entgegen. Linde's Essenz verleiht jedem Kaffeegetränk, einerlei ob man reinen Bohnenkaffee, Malzk